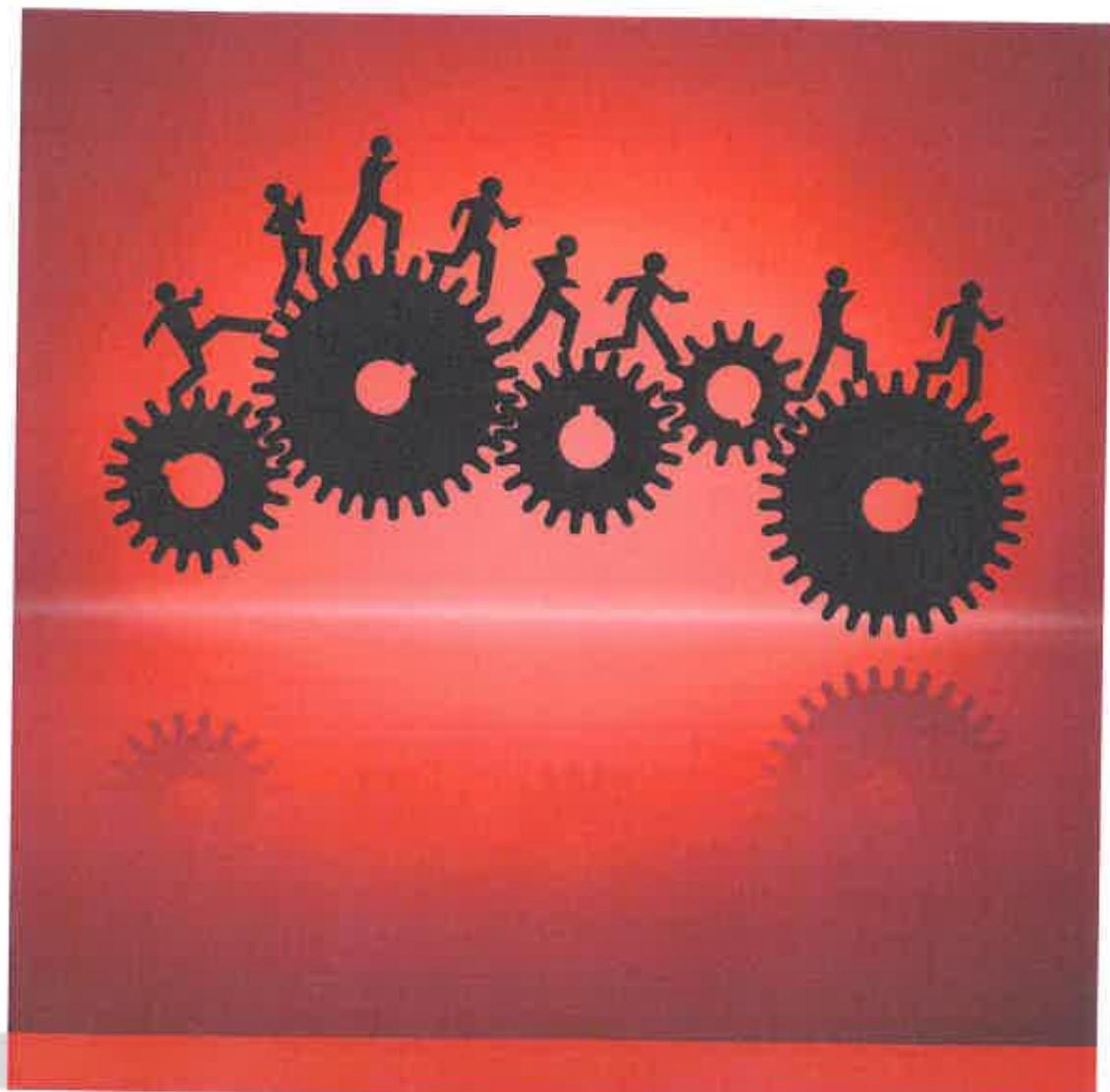


Die Arbeit des Ausländerbeirates

der Stadt Nürnberg

Dokumentation
2002–2007





Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg	3
Vorwort des Vorsitzenden des Ausländerbeirates	4
Bildung und zeitliche Entwicklung des Ausländerbeirates des Stadt Nürnberg 1973–2003	5
Die Neuwahl 2003	7
Der geschäftsführende Ausschuss	8
Die Arbeitsausschüsse	8
Arbeitsausschuss Zuschussvergabe	8
Arbeitsbereich Öffentlichkeitsarbeit 2002–2007	9
2002	9
2003	10
2004	11
2005	13
2006	14
2007	16
Arbeitsbereich Jugend/Schule/Soziales 2002–2003	18
2004	18
2005	19
2006	20
2007	21
	22
Allgemeine Politik	23
2002–2003	23
2004	25
2005	26
2006	28
2007	30
Sitzungen, Gespräche, Seminare, Veranstaltungen und Treffen des Ausländerbeirates 2002–2007	32
2002	32
2003	33
Ausländerbeirat 6. Amtsperiode	33
2004	34
2005	35
2006	36
2007	37
Der Ausländerbeirat in der Presse 2002–2007	39
Mitglieder des Ausländerbeirates 2002–2007	44
Mitarbeiter der Geschäftsstelle 2002–2007	46
Impressum	46

Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg hat mit viel Einsatz und Energie seit seiner Gründung 1973 als demokratisches, von der ausländischen Bevölkerung gewähltes Gremium die Interessen der in Nürnberg lebenden nichtdeutschen Menschen vertreten und einen sehr wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Nürnbergerinnen und Nürnberger unterschiedlichster Herkunft geleistet.

Die vorliegende Dokumentation bietet einen kurzen Rückblick auf die wesentlichen Etappen der institutionellen Entwicklung seit den Anfängen des Ausländerbeirates und dann als Tätigkeitsbericht der Jahre 2002–2007 einen informationsreichen Überblick über sein aktuelles Wirken und die weiteren Perspektiven seiner Arbeit.

Stadtrat und Stadtverwaltung haben sich stets intensiv mit den Anregungen und Wünschen des Beirats auseinandersetzt und im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten der Stadt nach bestmöglichen Lösungen gesucht, auch wenn die Stadt Nürnberg auf die Wohnungssituation, den Arbeitsmarkt oder das Ausländerrecht von Bund und Land keine direkte Einflussnahme haben kann.

Der Ausländerbeirat trägt mit exzellenter Informationsarbeit zum interkulturellen Verständnis bei. Er nutzt jede Möglichkeit, Brücken zu bauen und Impulse zu geben, die nicht nur unseren ausländischen Mitbürgern, sondern der Stadt insgesamt zu gute kommen. Der Beirat ist eine wesentliche Stütze bei der Gestaltung des Gemeinwesens und für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Stadt.

Den Mitgliedern des Ausländerbeirates danke ich für das Engagement und die geleistete Arbeit während der Zeit von 2002–2007 und ich wünsche mir, der Ausländerbeirat trage weiterhin mit seinen Aktivitäten dazu bei, dass Nürnberger jedweder Herkunft hier in einem Klima von Weltoffenheit und Toleranz zusammenleben und gemeinsam an der Zukunft unserer Stadt weiterarbeiten.

A handwritten signature in blue ink that reads "U. Maly".

Dr. Ulrich Maly

Vorwort des Vorsitzenden des Ausländerbeirates



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der vorliegenden Dokumentation über die Arbeit des Ausländerbeirates von 2002–2007 wollen wir über die vielfältigen Tätigkeiten des Ausländerbeirates informieren. Nach einer kurzen Einführung über die Anfänge des Ausländerbeirates folgt eine Beschreibung seiner Hauptaktivitäten von 2002–2007, anschließend kommt eine Zusammenstellung der gesamten Termine des Beirates und Presseartikel.

Der Beirat hat versucht, Einfluss auf den Stadtrat und Stadtverwaltung zu nehmen, damit die Gleichstellung der nichtdeutschen Bevölkerung zustande kommt. Insbesondere geht es dem Beirat vor allem darum, die Kommunikationsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen zu verbessern, um die Gleichstellung und Chancengleichheit zu erreichen. Daher fordert der Beirat, dass die Verantwortlichen in diesem Bereich Anstrengungen unternehmen.

Der Ausländerbeirat stößt Integrationsprojekte an, organisierte sie sogar oder beteiligte sich aktiv daran. Im Allgemeinen können wir mit dem in diesen letzten Jahren Erreichten zufrieden sein und hoffen, dass sich diese Entwicklung nicht umkehrt.

Daher gilt mein Dank an dieser Stelle den Menschen, die sich ehrenamtlich im Ausländerbeirat oder in anderen Institutionen für die Verständigung zwischen „Ausländern“ und Deutschen und den verschiedenen Nationalitäten untereinander eingesetzt und zum positiven Klima in unserer Stadt beigetragen haben.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Mario Di Santo".

Mario Di Santo

José Llorens

Die Arbeit des

Ausländerbeirates

der Stadt Nürnberg

Dokumentation 2002–2007



Bildung und zeitliche Entwicklung des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg 1973–2003

Die Stadt Nürnberg bildete bereits im Jahre 1973 einen Ausländerbeirat als öffentliche kommunale Einrichtung. Das war der zweite gewählte Ausländerbeirat (nach Wiesbaden) in einer Großstadt der Bundesrepublik Deutschland.

Der Zweck des Beirates ist laut Satzung, die Lebensverhältnisse der Ausländer in der Stadt zu verbessern und die menschlichen Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und den Ausländern in der Stadt zu fördern. Als demokratisches, von den ausländischen Bürgern gewähltes Gremium soll der Ausländerbeirat die Interessen der Ausländer in Nürnberg vertreten.

Aufgabe des Beirates ist es insbesondere, den Stadtrat und die Verwaltung in allen Fragen, welche die Ausländer in Nürnberg allgemein betreffen und die zum „eigenen Wirkungskreis der Stadt“ gehören, zu beraten. Dies geschieht durch eigene Anregungen und durch Stellungnahmen auf Anforderung des Stadtrats oder der Stadtverwaltung. Die Planungen der Stadt, die Ausländer

in besonderem Maße betreffen, werden dem Ausländerbeirat zur Stellungnahme vorgelegt. 1976 wurde – ohne Mitwirkung des Beirates – eine neue Satzung erlassen. Zuvor hatte der Ausländerbeirat einen Satzungsänderungsvorschlag gemacht, dass die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses berechtigt sein sollten, an den öffentlichen Sitzungen der Stadtratskommissionen mit Stimmrecht teilzunehmen. Die nicht erfolgte Umsetzung dieses Antrages wurde vom Ausländerbeirat kritisiert. Damals schon, obwohl die Satzung des Beirates seine Kompetenzen und Möglichkeiten sehr einschränkte, ging der Ausländerbeirat in seiner Arbeit über die Satzung hinaus. Die Hauptprobleme waren damals: der Aufenthaltstitel, die Wohnungssituation, die Kindergeldregelung und die Familienzusammenführung.

1978 wurde eine neue Wahlordnung erlassen. Die wichtigste Neuerung war, dass es zukünftig keine Persönlichkeitswahlen, sondern Listenwahlen geben sollte. Damit konnten tariffähige Arbeitnehmerorganisationen und gemeinnützige Betreuungseinrichtungen Wahlvorschläge einreichen.

1979 wurde endlich beim „Amt für kulturelle Freizeitgestaltung“ eine Stelle für einen Geschäftsführer des Ausländerbeirates eingerichtet. Aufgabe des Geschäftsführers war die Vorbereitung aller Sitzungen, die Protokollführung, Weiterverfolgung der Beschlüsse des Beirates, Mitarbeit in allen themenbezogenen Arbeitsgruppen des Beirates und das Sammeln und Aufbereiten von Informationen für den Ausländerbeirat. Alle Beschlüsse des Beirates, die die Verwaltung betrafen, wurden in einer Stadtratskommission – damals der „Kommission für Fragen ausländischer Arbeitnehmer“, heute „Kommission für Integration“ behandelt. Sie wurden von dort in die zuständigen Ausschüsse, in den Stadtrat oder direkt an die Verwaltung verwiesen.

Die Amtsperiode 1983–1990 war eine Reifungsperiode des Ausländerbeirates. Er intensivierte seine Arbeit, Anfang 1984 wurde unter anderem der Arbeitsausschuss Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet. Der Ausländerbeirat wurde 1983 getrennt nach Nationalitäten gewählt. Aber trotz der alten Nationalitätenwahl verstand sich der Ausländerbeirat schon damals als Interessenvertretungsorgan aller Ausländer über alle Nationalitäten hinweg. Die

Schwerpunkte der 80er Jahren waren die Themen „Wahlrecht für alle Ausländer“ und ausländerrechtliche Fragen wie „Familienzusammenführung“.



Die erste Generation der „arbeitenden Gäste“ kommt an
(Foto: Archiv)

Im Verlauf der Amtsperiode 1983–1990 hatte sich der Ausländerbeirat zunehmend politisiert, so dass er sich mehr in ein Interessenvertretungsorgan verwandelt hatte. Der Ausländerbeirat befasste sich intensiv mit der Änderung der Satzung und der Wahlordnung. Die Angleichung der Wahlen an das Bayerische Kommunalwahlsystem wurde vom Stadtrat für die Wahl 1990 beschlossen. Da aufgrund der internationalen Wahl nicht unbedingt



Aktion des Ausländerbeirates bei der Oberbürgermeisterwahl 1987

gewährleistet werden konnte, dass bestimmte Nationalitäten im Beirat vertreten sind, fügte der Stadtrat einen Minderheitenschutz ein.

Der Nürnberger Ausländerbeirat verstand seine Arbeit nie als eine rein kommunale Angelegenheit und ging über die Kompetenzen seiner Satzung hinaus. Nach Meinung der damaligen Beiratsmitglieder der Amtsperiode 1990–1997 erfüllten sich die Erwartungen, die auf eine intensivere Arbeit mit den politischen Parteien gesetzt worden waren, jedoch nicht. Im Mittelpunkt der Arbeit des Beirates standen in den 90er Jahren vor allem Aktivitäten und Diskussionen gegen eine Verschärfung des Asylrechts und die Abwehr rassistischer Übergriffe.

Der Ausländerbeirat organisierte Großdemonstrationen wie die vom 05.10.1992 mit der Beteiligung von über 10.000 Menschen. An der Veranstaltung unter dem Motto „Gemeinsam gegen Fremdenhass und Rassismus“ nahmen Deutsche Schulter an Schulter mit Vertretern vieler Nationen teil.

In Nürnberg wurde am 23.02.1997 zum fünften Mal der Ausländerbeirat gewählt. Bei diesen Wahlen wurden die Unionsbürger nicht mehr durch Urwahl gewählt, sondern vom Stadtrat nach Rücksprache mit den Vereinen der Unionsbürger ernannt. Außerdem wurde die Zahl der Mitglieder von 30 (33) auf 20 reduziert. Die Nicht-Unionsbürger wurden streng nach Nationalitäten gewählt. Da in früheren Jahren die Satzung des Ausländerbeirates Nürnberg ohne das Einwirken des Beirates geändert wurde, führte dies zu Protesten gegen die Bevormundung seitens der Kommunalpolitik. Man bedauerte die mangelnde Partizipation in entscheidenden Fragen. In dieser Amtsperiode begann der Beirat unter anderem vielfache Projekte und Integrationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche anzuregen, insbesondere zur Verbesserung der Bildung und der Berufschancen, was nach der Wahl 2003 verstärkt fortgesetzt wurde.

Die Neuwahl 2003

Am 19.10.2003 fand die Wahl des Ausländerbeirates statt. Dem Vorschlag des ausscheidenden Ausländerbeirates wurde entsprochen: Der Neue

Ausländerbeirat hatte nun wieder 30 Mitglieder, im Gegensatz zur alten Amtsperiode mit seinen 20 Mitgliedern. Eine weitere Forderung des „alten“ Ausländerbeirates wurde erfüllt: Die Unionsbürger wurden nicht mehr vom Stadtrat ernannt – wie 1997 –, sondern gewählt.

Zur Wahl aufgerufen waren die ausländischen Bürger Nürnbergs der Nationalitätengruppen Türkei (14.969 Wähler, 7 Sitze), Griechenland (8.084 Wähler, 4 Sitze) und 9.794 Wähler (5 Sitze) der sog. Nationalitätengruppe 4 (Asien, Afrika, Amerika, Australien). Für diese 16 Sitze bewarben sich insgesamt 41 Kandidaten/innen.



Neugewählte Mitglieder des Ausländerbeirates 2003

13 weitere Sitze des Ausländerbeirates standen fest, da die Sitzverteilung schon vorab geregelt wurde, denn es bewarben sich nur so viele Kandidaten wie Sitze zur Verfügung standen. Es wurde entweder von Beginn an nur ein Wahlvorschlag vorgelegt – wie bei der italienischen und bei der kroatischen Liste – oder die konkurrierenden Listen einigten sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag wie die Kandidaten/innen von Serbien/Montenegro, GUS und EU (ohne Griechenland und Italien). Die Besetzung eines Sitzes aus Südosteuropa wurde vom Stadtrat bestimmt, da rechtzeitig keine Bewerbung einging.

In der konstituierenden Sitzung, am 12.01.2004 wurde Mario Di Santo wieder als Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg gewählt. Vom geschäftsführenden Ausschuss wurde Frau Diana Liberova, als 1. stellvertretende Vorsitzende und Herr Jean-Pierre Tshibanda Muteba als 2. stellvertretender Vorsitzender gewählt. In der Sitzung vom 17.02.2004 wurde Frau Andja Skojo einstimmig als 3. stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Der geschäftsführende Ausschuss



Konstituierende Sitzung des Ausländerbeirates am 12.01.2004

Der geschäftsführende Ausschuss hat die Aufgabe, die Sitzungen des Beirates vorzubereiten und die Verbindung mit dem Stadtrat und der Stadtverwaltung zu halten. Der geschäftsführende Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und 8 weiteren Beiratsmitgliedern. Die weiteren Mitglieder (mit je einem persönlichen Stellvertreter) wurden gemäß den Vorschlägen der den Beirat bildenden Gruppen nach dem Verhältnis ihrer Stärke im Beirat durch Beschluss des Beirates auf die Dauer seiner Amtszeit bestellt.

Als Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses wurden bestimmt:

Herr Mario Di Santo

Frau Diana Liberova

Herr Triantafyllos Gekas (Stellvertreter)

Herr Jean-Pierre Tshibanda Muteba

Herr Radovan Petrović (Stellvertreter)

Frau Andja Skojo

Herr Džemal Duraković (Stellvertreter)

Herr Cahit Turan

Herr Kudret Yılmaz (Stellvertreter)

Herr Doğan Ünal

Herr Elefterios Mytaris (Stellvertreter)

Herr Hassan M. Khalaf

Frau Emina Hedžić-Rizvić (Stellvertreterin)

Herr Metin Yılmaz

Herr İlhan Postaloğlu (Stellvertreter)

Herr Gustavo Rodríguez Arias

Frau Pereira van Loock (Stellvertreterin)

Die Arbeitsausschüsse

Der Ausländerbeirat richtete verschiedene Arbeitsausschüsse ein. Aufgabe der Arbeitsausschüsse ist, die Arbeit des Ausländerbeirates inhaltlich vorzubereiten und Empfehlungen für den geschäftsführenden Ausschuss und den Ausländerbeirat vorzubereiten. Gebildet wurden: der Arbeitsausschuss Zuschussvergabe, der Arbeitsausschuss Öffentlichkeitsarbeit und der Arbeitsausschuss Jugend, Schule, Soziales.

Arbeitsausschuss Zuschussvergabe

Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, Zuschüsse für soziokulturelle Veranstaltungen ausländische Mitbürger sowie für interkulturelle Projekte zu begutachten. Zuschussanträge im Kulturbereich, die über 800 EUR hinausgehen, werden dem Ausländerbeirat mit einer Empfehlung des Amtes für Kultur und Freizeit/Interkulturbüro zur Begutachtung vorgelegt. Des Weiteren entscheidet der Ausschuss über Projektanträge im Bereich der schulischen und sprachlichen Integration.

Mitglieder des Arbeitsausschusses Zuschussvergabe (Stand Juli 2007):

Herr Mario Di Santo

1., 2., 3. stellv. Vorsitzende (Stellvertreter)

Herr Dimitrios Theodoros

Herr Eleftherios Mytaris (Stellvertreter)

Herr Michele Scala

Herr Josif Bellmann (Stellvertreter)

Herr Antonio Fernández Rivera

Frau Julieta Schmidt (Stellvertreterin)

Herr İlhan Postaloğlu

Herr Hüseyin Karaaslan (Stellvertreter)

Frau Emina Hedžić-Rizvić

Frau Marija Bakula (Stellvertreterin)

Herr Hassan Abdulla

Herr Cahit Turan (Stellvertreter)

Herr İbrahim Akbulut

Herr Kudret Yılmaz (Stellvertreter)

Frau Ioanna Trapesanlidis

Frau Dorota Fichtner (Stellvertreterin)

2002

Am 19.01.2002 fand noch in der Amtsperiode des Beirates von 1997–2003 der traditionell gewordene Neujahrsempfang des Ausländerbeirates im Historischen Rathaussaal statt. Daran nahmen Vertreter der ausländischen Vereine, interkulturelle Institutionen und kommunale Politiker teil. In seiner Rede betonte der damalige Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Ludwig Scholz, welche große Bedeutung die Integration der Migranten in unserer Stadt in den nächsten Jahren haben werde, unabhängig davon, wie die bevorstehende Kommunalwahl ausgehe.



Neujahrsempfang des Ausländerbeirates am 19.01.2002 im Rathaus

Anlässlich der Wahlen für den Oberbürgermeister und für den Stadtrat am 03.03.2002 in Nürnberg, bei denen alle nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union das gleiche Wahlrecht wie die deutschen Bürgerinnen und Bürger hatten, organisierte der Ausländerbeirat mehrere Informationsveranstaltungen im Januar und Februar jeweils im Centro Español, Nachbarschaftshaus Gostenhof Centro Galego und Villa Leon. Bei den Veranstaltungen wurde den nichtdeutschen EU-Bürgerinnen und -Bürgern sowie den erstmals wählenden Eingebürgerten das Wahlrecht erklärt. Da auf den verschiedenen Listen der Parteien und Wählervereinigungen auch EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Eingebürgerte kandidierten, stellten sich dabei einige der Kandidaten mit ihrem Programm in kurzen Statements vor.

Im Juni und Juli 2002 nahm der Ausländerbeirat mit einem Infostand an den Stadtteilfesten

„Fest am Wöhrder See“, „Stadtteilfest Gostenhof“ und „Südstadtfest“ teil. Mitglieder des Ausländerbeirates verteilten Werbe- und Infomaterial, Veröffentlichungen etc. und beantworteten Fragen des Publikums. Am traditionellen Quiz bei den Festen beteiligten sich zahlreiche Menschen. Mehrere Preise wurden unter den Gewinnern verlost.

Sehrgutbesuch war am 04.10.2002 das vom Collegium Martin Behaim veranstaltete Fest für Flüchtlingskinder in der DESI. Das Fest wurde vom Ausländerbeirat unterstützt. Neben einem bunten Musikprogramm mit Zauberer gab es eine Kinder-tombola.

Unter dem Motto „Integration ist machbar!“ fanden vom 21.09. bis 06.10.2002 die Interkulturellen Wochen in Nürnberg statt. Als Auftakt veranstalteten am 21.09.02 der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, Xenos Nürnberg und das Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg in Zusammenarbeit mit Jugendamt, Bildungszentrum, Schulreferat, Pädagogisches Institut, Bürgerzentrum Villa Leon, Institut für soziale und kulturelle Arbeit und der Wohnberatung im Ökozentrum das Symposion „Integration ist machbar! – Interkulturelles Zusammenleben in Nürnberg“. Das Symposion wurde von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly eröffnet.

Im Hauptreferat sprach Prof. Dr. Michael Krummacher von der Evangelischen Fachhochschule Bochum über das Thema „Neue Wege interkultureller Kommunalpolitik – Integration als zentrale Planungsaufgabe der Kommune: das Essener Modell“. Die Teilnehmer des sehr gut besuchten Symposions



Fest für Flüchtlingskinder 2002 in der DESI

beschäftigt sich am Nachmittag in Arbeitsgruppen mit folgenden Themen: Interkulturelle Erziehung und Bildung in Kindergarten und Schule, Berufliche Integration, Weiterbildung und Erwachsenenbildung, Lebenswerte Stadtstrukturen, Kulturarbeit in der multikulturellen Stadtgesellschaft. An Infoständen stellten sich folgende Institutionen und Projekte vor: Xenos Nürnberg, InkuTra, Netzwerk Interkulturelle Mediation, Degrin e.V., HIPPY (AWO), Inter-Kultur-Büro, Bildungszentrum, BZ – Lernende Region, SpiKi (Sprachentwicklung in Kindergärten), Wohnberatung, Kollegium Martin Behaim und AAU e.V. Mehrere interkulturelle Veranstaltungen jeder Art seitens verschiedener Vereine und Institutionen rundeten das bunte Programm der Interkulturellen Wochen 2002 ab.



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly bei der Eröffnung des Symposiums „Integration ist machbar!“ am 04.10.2002

Zusammen mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly vergaben am 13.12.2002 der Vorsitzende des Ausländerbeirates Mario Di Santo und seine Stellvertreter im Rathaus den Interkulturellen Preis des Ausländerbeirates für das Jahr 2002. Die Entscheidung der Jury des mit 2.000 EUR dotierten Preises fiel auf die Hauptschule Preislerstraße aufgrund der Verdienste ihrer Schülerinnen und Schüler in der interkulturellen Arbeit.

2003

Der Ausländerbeirat unterstützte die Broschüren „Altenhilfe in Deutschland“, welche das Seniorenamt und das Amt für Kultur und Freizeit erarbeitet

hatte mit Informationen in mehreren Sprachen. Im Frühjahr 2003 erschien die griechische Ausgabe.



Der Ausländerbeirat unterstützte die Broschüre „Altenhilfe in Deutschland“, die in mehreren Sprachen erschien

Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly unterstützte der Ausländerbeirat die Veranstaltungsreihe „Anstöße – Forum interkultureller Dialog“, die von Xenos Nürnberg und dem Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg veranstaltet wurde. Jeweils im Bürgerzentrum Villa Leon wurden folgende Themen behandelt: Am 05.02.2003 „Integration zwischen Ghetto und Assimilation“ mit Prof. Dr. Hakkı Keskin, 12.03.2003 „Nürnberg – eine Modellstadt für Integration?“ mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Dr. Albert Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, 02.04.2003 „Deutsche, Bindestrich-Deutsche, Migranten/innen – Identität(en) im Zeitalter der Globalisierung“ mit Teilnehmern mit Migrationshintergrund aus der kommunalen Politik und den Vereinen, am 04.06.2003 „Kampf der „Kulturen“ – Fundamentalismen global?“ mit Prof. Dr. Şefik Alp Bahadır, Orientalist, und Prof. Dr. Mark Thompson, Politologe, beide von der Universität Erlangen-Nürnberg. Aufgrund der hohen Besucherzahl kann man diese Veranstaltungsreihe als vollen Erfolg bezeichnen.



Vergabe des Interkulturellen Preises an die Hauptschule Preislerstraße am 13.12.2002

Vom 17.03. bis zum 21.03.2003 veranstaltete der Ausländerbeirat in seiner Geschäftsstelle eine Informationsreihe zum Thema Ausländerbeiratswahl am 19.10.2003. Laut neuer Wahlordnung und Satzung für den Ausländerbeirat, wurde die Zahl der Beiratsmitglieder wieder auf 30 erhöht. Eine Neuigkeit ist auch, dass die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger das aktive und passive Wahlrecht für den Beirat haben werden. Gewählt wurde nach Nationalitäten und Nationalitätenlisten, was vom Ausländerbeirat kritisiert wurde. Der Beirat wünschte eigentlich eine Wahl nach internationalen Listen.



Geehrte Mitglieder und frühere Mitglieder des Ausländerbeirates beim Empfang der Jubiläumsfeier am 10.10.2003

Am 10.10.2003 feierte der Ausländerbeirat mit einem Empfang im Historischen Rathaussaal sein 30-jähriges Jubiläum. Dabei empfingen langjährige Mitglieder des Ausländerbeirates eine Urkunde für besondere Verdienste aus den Händen von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

2004

Da das Hearing der Stadtverwaltung mit den Migrantenvereinen erfolgreich war, bat der Ausländerbeirat Herrn Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, sich einmal jährlich mit allen Migrantenvereinen zu treffen, um die anfallenden Probleme zu besprechen.

Sehr gut besucht war das Seminar des Ausländerbeirates am 14./15.05.2004 im Schloss Schnay. Frau Dr. Christine Meyer, persönliche Mitarbeiterin des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, eröffnete das Seminar mit einer Einführung über Verwaltungsfragen und die Zusammenarbeit zwischen dem Ausländerbeirat und den verschiedenen Dienststellen. In einer entspannten und arbeitsin-

tensiven Atmosphäre kristallisierten sich unter den Seminarteilnehmern folgende inhaltliche Schwerpunkte und zukünftige Aufgaben heraus: Die Integration sei ein gegenseitiger Prozess in gegenseitiger Akzeptanz. Man will den Kontakt mit jungen Ausländern pflegen, um über bessere Ausbildungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die Öffentlichkeits- und Pressearbeit soll verstärkt werden. Dafür werden regelmäßig Infos über den Ausländerbeirat veröffentlicht. Der Beirat wird auch regelmäßige Veranstaltungen für ausländische Mitbürger durchführen. Man wolle auch die Diskriminierung bekämpfen, eventuell durch die Schaffung geeigneter Instrumente. Die Zusammenarbeit in Sprachkompetenz und die Intensivierung des Sprachunterrichts soll verstärkt werden. Eine humanere Behandlung der Flüchtlinge wird ein Schwerpunkt der Arbeit des neuen Ausländerbeirates sein. Die Migrantenvereine sollen eine besondere Aufmerksamkeit seitens des Beirates erhalten.



Seminar des Ausländerbeirates am 14./15.05.2004 im Schloss Schnay

Unter dem Motto „Für Integration und gleiche Rechte“ nahm der Ausländerbeirat am 26.06.2004 am Stadtteilfest Gostenhof und am 03./04.07.2004 am Südstadtfest mit einem Infostand teil. Dabei wurden Luftballons mit dem erwähnten Motto, Kugelschreiber und die Ausgabe Nr. 11 von „Multikulturelles Nürnberg“ unter Kindern und Erwachsenen verteilt. Wie jedes Jahr rundete ein Quiz beide Aktionen ab.

Mit über 30 kulturellen und politischen Veranstaltungen fanden vom 18.09.2004 bis 03.10.2004 die Interkulturellen Wochen in Nürnberg unter dem Motto „Für Integration und gleiche Rechte“ statt. Der Ausländerbeirat führte in Kooperation mit dem Bürgerzentrum Villa Leon als Auftaktver-

anstaltung am 18.09.2004 ein Seminar zum neuen Zuwanderungsgesetz durch. Bei dieser juristischen Einführung wurde sowohl die aufenthaltsrechtliche als auch die integrationspolitische Thematik allgemein erklärt und analysiert.



Marija Bakula, Diana Liberova, Socorro van Loock und Andja Skojo (v.l.) am Stand des Ausländerbeirates beim Südstadtfest 2004

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen fand am 30.09.04 in der DESI das bereits traditionelle Fest für Flüchtlingskinder und Jugendliche statt. Das Fest wurde vom Ausländerbeirat gefördert und vom Collegium Martin Behaim und der Freien Flüchtlingsstadt Nürnberg durchgeführt.

Höhepunkt der Interkulturellen Wochen und sehr gut besucht war das zweitägige Symposium „In der Vielfalt liegt die Stärke – interkulturelles Handeln zwischen Antidiskriminierung und Diversity Management“ in der Villa Leon. Auf dem Podium der einführenden Diskussion nahmen teil: Frau Dr. Lale Akgün, Mitglied des Bundestages, Köln, Claudia Schwalb, Medical Solutions Siemens, Erlangen und Dr. Helmuth Schweitzer, Interkulturelles Büro, Essen. In Arbeitsgruppen bearbeiteten die Teilnehmer die folgenden Themen:

- Antirassistische Arbeit
- Diversity Management
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Praxis interkultureller Trainings von Xenos Nürnberg und InkuTra
- Antidiskriminierungsarbeit
- Supervision und interkulturelle Prozesse
- Übergangsmanagement Schule – Beruf
- Vielfalt in der Schule

Hohes Ansehen genießen in der breiten Öffentlichkeit jedes Jahr die Interkulturellen Preise des Ausländerbeirates. Am 24.09.2004 vergab der Ausländerbeirat im Rahmen der Interkulturellen Wochen in Anwesenheit des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly die Interkulturellen Preise 2004. Günther Simon wurde für seinen langjährigen Einsatz für Flüchtlinge ausgezeichnet. Ziel seiner Arbeit war und ist es das gegenseitige Verständnis der Kulturen und das voneinander Lernen zu fördern. Die Band „Quantensprung“ erhielt die Auszeichnung für ihr interkulturelle Rockmusik, die deutsche und türkische Elemente miteinander verbindet. Die Band findet auch außerhalb Nürnbergs viel Aufmerksamkeit.

Die überwiegende Mehrheit der ca. 11.000 russisch sprechenden Bürgerinnen und Bürger Nürnbergs kam in den letzten 10 Jahren nach Nürnberg. Wenn man noch die ca. 20.000 Spätaussiedler aus den GUS-Staaten, die sich nach der Wende in Nürnberg ansiedelten, dazu zählt, dann haben wir eine neue Zuwanderergruppe, die zahlenmäßig die stärkste kulturelle Gruppe der Zuwanderer ist.

In einer gut besuchten Informationsveranstaltung für russisch sprechende Nürnberger Bürgerinnen und Bürger im Nachbarschaftshaus Gostenhof informierte der Ausländerbeirat über seine Arbeit und stellte sich den Anregungen der Besucher. Teilnehmer auf dem Podium waren Mario Di Santo, Vorsitzender des Ausländerbeirates, Diana Liberova, stellv. Vorsitzende des Ausländerbeirates, Rudi Walter von der Landsmannschaft der Deutschen in Russland, Wolfgang Lang, Aussiedlerbeauftragter der Stadt Nürnberg und José Llorens von der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates.

Dabei wurde von beiden Gremien – Ausländerbeirat und Aussiedlerbeirat – berichtet und Fragen und Wünsche des sehr interessierten Publikums erörtert. Die eingebrachten Vorschläge und Kritikpunkte wurden vom Ausländerbeirat an die zuständigen Stellen weiter gegeben, insbesondere wurden einige Anregungen an das Sozialamt weiter geleitet. Diese Veranstaltung entsprach auch dem Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly, um die Arbeit beider Gremien zu bündeln und zu koordinieren.



Diana Liberova, Mario Di Santo, Wolfgang Lang, José Llorens und Rudi Walter (v.l.) bei der Informationsveranstaltung für russischsprachige Nürnberger Bürgerinnen und Bürger

2005

Als Mitveranstalter bzw. als Partner des Gemeinschaftsprojekts verschiedener Institutionen unterstützte der Ausländerbeirat die in der Villa Leon stattfindende Veranstaltungsreihe „Anstöße – Forum interkultureller Dialog“. Die gut besuchten Veranstaltungen behandelten 2005 folgende Themen: „Migration und Integrationspolitik im erweiterten Europa“, „Der Kopftuchstreit“, „Das neue Antidiskriminierungsgesetz – Fortschritt oder Bürokratisierung?“, „Modell Amsterdam? Wege und Erfahrungen kommunaler Integrationspolitik“.



Veranstaltung der Reihe „Anstöße“: „Der Kopftuchstreit“ mit Prof. Barbara John, Nala Gelengeç, Marissa Pablo-Dürr, Ayla Çokbudak und Sabine Schiffer

Der Ausländerbeirat gab Anfang 2005 einen Empfang für Vertreterinnen und Vertreter der ausländischen Vereine, der interkulturellen Institutionen und für kommunale Politikerinnen und Politiker. Wie bei den Empfängen 2001, 2002, 2003 sowie dem Empfang zum 30-jährigen Bestehen des Ausländerbeirates konnten neue Kontakte geknüpft und bereits bestehende Verbindungen gepflegt und vertieft werden.

Unter dem Motto „Für Menschenrechte – gegen Rassismus und Diskriminierung“ beteiligte sich der Ausländerbeirat am 25.06.2005 am Stadtteilfest Gostenhof und am 02./03.07.2005 am Südstadtfest mit einem Infostand. Mitarbeiter des Ausländerbeirates verteilten bunte Luftballons mit obigem Motto, Kugelschreiber und die Ausgabe Nr. 12 von „Multikulturelles Nürnberg“ an Kinder und Erwachsene. Bei einem Quiz testeten die Teilnehmer ihr interkulturelles Wissen.



Doğan Ünal, Ulla Holthaus und Friedrich Popp am Stand des Ausländerbeirates beim Südstadtfest 2005

Mit über 30 kulturellen und politischen Veranstaltungen fanden vom 23.09.2005 bis 08.10.2005 die Interkulturellen Wochen in Nürnberg unter dem Motto „Für Menschenrechte – gegen Rassismus und Diskriminierung“ statt. In der Auftaktveranstaltung „Was tun gegen Rassismus?“ in der Villa Leon referierte Dr. Serguei Lazarev, Direktor der Abteilung „Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus“ der UNESCO in Paris, über den von der UNESCO und der Europäischen Städte-Koalition erarbeiteten „Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“. Anschließend stellte Karin Steffensen das Antidiskriminierungsprogramm der Stadt Stockholm (Schweden) vor.

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen förderte der Ausländerbeirat zusammen mit dem Collegium Martin Behaim das – von der Freien Flüchtlingsstadt Nürnberg ausgerichtete – traditionelle Fest für Flüchtlingskinder und Jugendliche am 29.09.2005 in der DESI.

Großes Interesse weckte während der Interkulturellen Wochen die vom Ausländerbeirat und Ausiedlerbeirat organisierte Veranstaltung „Geschichte meiner Migration nach Nürnberg“ im Nachbarschaftshaus Gostenhof. „Gastarbeiter“, (Spät-)Ausiedler und Kontingentflüchtlinge berichteten über Schicksal und Erlebnisse ihrer Zuwanderung nach Nürnberg, ebenso aber über ihre positiven Erfahrungen in ihrer neuen Heimat.



Pedro Serrano, Horst Göbbel, Gisela Kohlhoff, Wolfgang Lang, Friedrich Popp, Bülent Bayraktar, Dorothea Walter und Diana Liberova bei der Veranstaltung „Geschichte meiner Migration nach Nürnberg“ 2005

Am Podium nahmen teil: Pedro Serrano (spanischer Arbeitsimmigrant der 60er Jahre), Gisela Kohlhoff, Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Horst Göbbel, Vorsitzender Haus der Heimat, Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, Bülent Bayraktar, Dipl. Kommunikationswirt (kam 1974 als Sohn eines türkischen „Gastarbeiters“), Dorothea Walter, Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Diana Liberova, Studentin, 1. stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates (kam 1998 als Kontingentflüchtling).

Am 07.10.2005 fand in feierlichem Rahmen die Verleihung des Interkulturellen Preises des Ausländerbeirates 2005 im Rathaus in Anwesenheit von Herrn Bürgermeister Dr. Klemens Gsell und des Vorsitzenden der Jury, Dr. Georg Leipold statt. Die Jury hatte sich diesmal für das christlich-muslimische Begegnungszentrum „Brücke-Köprü“ entschieden und war damit einer Empfehlung des ersten Preisträgers, des Vereins Degrin, gefolgt. Dieser hatte zusammen mit der „Brücke“ Stadtteilrundgänge und Familienseminare durchgeführt. Die „Brücke“ setzte sich, so wurde in der Laudatio hervorgehoben, für ein gelingendes Miteinander der verschiedenen Kulturen und Religionen in der Stadt ein.



Pfarrer Gloel, Bürgermeister Dr. Klemens Gsell, Andja Skojo, Dr. Georg Leipold, Diana Liberova bei der Verleihung des Interkulturellen Preises 2005 an „Brücke-Köprü“

Der Ausländerbeirat beteiligte sich am Infostand der Stadt Nürnberg bei der Friedenstafel anlässlich der Verleihung des Menschenrechtspreises 2005.

2006

Am 14.02.2006 solidarisierte sich der Ausländerbeirat mit den wochenlang streikenden AEG-Mitarbeitern. Er schickte folgende Solidaritätsadresse „Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg solidarisiert sich mit eurem schon mehrere Wochen andauernden Kampf. Nur mit Streik im AEG-Werk Nürnberg kann der Unverfrorenheit der Konzernleitung begegnet werden. Arbeitsplätze dürfen kein Spielball für globale Profitinteressen sein, sie müssen vor Ort erhalten bleiben! Wir hoffen auf ein Einlenken von Electrolux und wünschen euch bei eurem Kampf viel Erfolg.“ Am Freitag, 17.04.2006 übergab eine Delegation des Ausländerbeirates den Streikenden die Solidaritätsadresse.



Julieta Schmidt, Mario Di Santo, Elefterios Mytaris, Doğan Onal, Marija Bakula und Jean-Pierre Muteba bei der Überreichung der Solidaritätsadresse an die streikenden AEG-Mitarbeiter (v.l.)

Beim Stadtteilfest Gostenhof am 24.06.2006 und am Südstadtfest vom 30.06.-02.07.2006 beschenkte der Ausländerbeirat Kinder und Erwachsene mit Luftballons, Kugelschreibern, Stofftaschen und der 13. Ausgabe von „Multikulturelles Nürnberg“ sowie einem interkulturellen Quiz.



Diana Liberova 1. stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates und Ulla Holthaus von der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates mit äthiopischen Flüchtlingen auf dem Südstadtfest 2006

Unter mehr als 30 kulturellen und politischen Veranstaltungen konnten die Besucher der Interkulturellen Wochen (Motto: „Nürnberg gemeinsam gestalten“) vom 22.09. bis 15.10.2007 in Nürnberg auswählen.

In der Auftaktveranstaltung „Kein Schüler darf verloren gehen“ in der Villa Leon referierte Frau Johanna Myllymäki-Neuhoff, Finnlandexpertin und ehemaliges Mitglied des Ausländerbeirates über das Schulsystem ihres Heimatlandes. Des Weiteren nahmen Herr Stephan Doll, Vorsitzender des DGB Nürnberg, Herr Hauck vom staatlichen Schulamt Nürnberg, Herr Albert Schäffer, Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband, Herr Mustafa Kök, Berufsschullehrerin Nürnberg sowie der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Herr Mario Di Santo, der die Moderation übernahm, an der Podiumsdiskussion teil.

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen organisierte man am 27.09.06 in der DESI das bereits traditionelle Fest für Flüchtlingskinder und Jugendliche. Das Fest wurde vom Ausländerbeirat gefördert und vom Collegium Martin Behaim e.V. durchgeführt.

Die Aula der Hauptschule Hummelsteiner Weg bildete den feierlichen Rahmen für die Verleihung

des Interkulturellen Preises 2006 des Ausländerbeirates am 07.10.2006 in Anwesenheit von Herrn Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und des Vorsitzenden der Jury Dr. Georg Leipold. Die Jury hatte sich diesmal für die Autoren der „Gruppe 18“ aus der ehemaligen Klasse 9d dieser Hauptschule entschieden, die unter der Anleitung der Lehrerin Gerda Reuß einen historischen Roman über den in Vergessenheit geratenen Nürnberger Antifaschisten Franz Tanzberger geschrieben hatte. Mit der Preisverleihung an die „Gruppe 18“ wurde das außergewöhnliche Engagement der Hauptschüler vom Hummelsteiner Weg gewürdigt.



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly besucht den Stand des Ausländerbeirates beim Südstadtfest 2006

In Kooperation mit dem Ausländerbeirat veranstaltete das Nachbarschaftshaus Gostenhof während der interkulturellen Wochen innerhalb der Reihe der „Gostenhofer Gespräche im Nachbarschaftshaus“ die sehr gut besuchte Veranstaltung „Integration – am Anfang oder am Ende? Analyse und Zukunftskonzepte am Beispiel des Stadtteils Gostenhof“. Das Einführungsreferat „Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik“ hielt Professor Dr. Friedrich Heckmann von der Universität Bamberg. Podiumsteilnehmer waren Dieter Maly, Leiter des ASD Nürnberg, Wolfgang Lang, Aussiedlerbeauftragter der Stadt Nürnberg, Annette Schuler, ehemalige Rektorin der Grundschule Preißlerstraße 6, Doğan Ünal, Mitglied des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg, Heike Keblawi, Aktivspielplatz Austraße und José Llorens, Bürger aus Gostenhof und Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates. Claudine Stauber von den Nürnberger Nachrichten moderierte diese Veranstaltung.



José Llorens, Heike Keblawi, Doğan Ünal, Claudine Stauber, Professor Dr. Friedrich Heckmann, Annette Schuler und Dieter Maly bei der Veranstaltung „Integration - Am Anfang oder am Ende? Analyse und Zukunfts-konzepte am Beispiel des Stadtteils Gostenhof“

Der Ausländerbeirat beteiligte sich weiterhin innerhalb der Interkulturellen Wochen an der Reihe „Anstöße“ mit einer Veranstaltung „Wir haben keine Chance, aber wir nutzen sie“ – Jugendliche mit Migrationshintergrund im Gespräch mit Nevfel Cumart. Gerade mal 12 % der Schüler an den öffentlichen Gymnasien und Realschulen in Nürnberg sind „Ausländer“. Der Anteil der ausländischen Berufsschüler/innen, die eine Ausbildung im dualen System machen, liegt bei ca. 9 %. In dieser Altersgruppe haben jedoch ein Viertel aller Jugendlichen in Nürnberg eine ausländische Staatsangehörigkeit. Diese Diskrepanz zeigt, dass ausländische Schüler und Schülerinnen extrem benachteiligt sind und keineswegs gleiche Bildungschancen haben.

Anfang 2006 benannte der Ausländerbeirat unter seinen Mitgliedern Beauftragte für folgende Arbeitsbereiche:

Frauen:

Frau van Loock, Frau Bakula,

Frau Okruashvili-Viehbeck

Flüchtlinge, Menschenrechte

und Antidiskriminierung:

Herr Muteba, Herr Scala, Herr Khalaf

Sport:

Frau Skojo, Herr Fernández, Herr Akbulut

Gesundheit:

Frau Liberova, Frau Trapesanlidis

Arbeitslosigkeit und Armut:

Frau Liberova, Frau Skojo

Wirtschaftsfragen:

Herr Turan, Frau Fichtner, Herr Petrović

Diese Beauftragten haben die Aufgabe, sich um den jeweiligen Bereich besonders zu kümmern und Themen für den Ausländerbeirat vorzubereiten und aufzuarbeiten. Das für das Sachgebiet zuständige Mitglied wird beauftragt, in Rücksprache mit dem Vorsitzenden, in entsprechenden Fachgremien als Delegierte/r des Ausländerbeirates mitzuwirken. Im Ausländerbeirat ist über die Aktivitäten zu berichten.

2007



Jean-Pierre Muteba 2. stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirates mit mexikanischen Tänzerinnen auf dem Neujahrsempfang des Ausländerbeirates 2007

Der Ausländerbeirat gab am 19. Januar 2007 einen Empfang für Vertreterinnen und Vertreter der ausländischen Vereine, der interkulturellen Institutionen und für kommunale Politikerinnen und Politiker. Wie bei den Empfängen 2001 bis 2006 sowie dem Empfang zum 30-jährigen Bestehen des Ausländerbeirates hatte der Ausländerbeirat die Möglichkeit, Vertreterinnen und Vertreter der ausländischen Vereine und interkulturellen Institutionen sowie die zuständigen kommunalen Politikerinnen und Politiker zu treffen.



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly zusammen mit Herausgebern der lateinamerikanischen Zeitschrift „Reflejo“ auf dem Neujahrsempfang des Ausländerbeirates 2007

Mit Beschluss vom 13.03.07 fordert der Ausländerbeirat einstimmig die Streichung des KW-Vermerkes (KW bedeutet „kann wegfallen“), der im 2004 im Rahmen eines Sparpaketes für die Stelle des Mitarbeiters für Öffentlichkeitsarbeit entschieden wurde. In der Antragsbegründung heißt es: „Der Ausländerbeirat braucht weiterhin eine ganze Stelle für Öffentlichkeitsarbeit. (...) Durch den neuen Beirat mit 30 Mitgliedern und mit dem neuen Zuwanderungsgesetz hat die Arbeit der Geschäftsstelle eher zugenommen. Die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates hat sich im letzten Jahrzehnt immer mehr zu einer Anlaufstelle für ratsuchende Ausländerinnen und Ausländer entwickelt. (...) Da oft nicht klar ist, welche Stelle zuständig ist oder ob es überhaupt eine zuständige Stelle gibt, muss dem Ratsuchenden erst einmal zugehört werden. Die Geschäftsstelle übernimmt hier eine wichtige Vermittlerrolle zwischen ausländischen Bürgern und Verwaltung. Dieser Publikumskontakt fällt insbesondere in die Zuständigkeit des Mitarbeiters für Öffentlichkeitsarbeit. (...) Eine in Mai und November 2006 durchgeführte Fallerfassung ergab, dass sich monatlich zwischen 80 und 90 Ratsuchende an die Geschäftsstelle wenden. (...) Sollte es nicht zu einer Aufhebung des KW-Vermerks kommen, müsste die Geschäftsstelle den offenen Publikumsverkehr einschränken. Für viele ratsuchende Ausländerinnen und Ausländer wäre diese Einschränkung ein erheblicher Nachteil. Die ehrenamtlich tätigen Ausländerbeiräte könnten diese Aufgabe nicht übernehmen. Dadurch würde die Öffentlichkeitsarbeit des Ausländerbeirates insgesamt leiden.“

Es ist sehr verwunderlich, dass ausgerechnet die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates unter den erheblichen Kürzungsmaßnahmen leiden soll, zumal bereits vor einigen Jahren Oberbürgermeister Ulrich Maly die Arbeit zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zur Chefsache erklärt hat, so die Auffassung des Verfassers dieser Dokumentation und derzeitiger Inhaber der Stelle.

Der Infostand des Ausländerbeirates auf dem Stadtteilfest Gostenhof am 23.06.2007 und auf dem Südstadtfest am 30.07./01.08.2007 stand unter dem Motto „Nürnberg gemeinsam gestalten“. In Gesprächen mit Festbesuchern informierte der Aus-

länderbeirat über seine Arbeit. Gewohnte Zugaben wie Luftballons, Kugelschreiber, Stofftaschen und das „Multikulturelle Nürnberg“ Nr. 14 erleichterten Kontaktaufnahme und Gedankenaustausch. Das traditionelle Quiz durfte auch in diesem Jahr nicht fehlen.

Das Motto „Nürnberg gemeinsam gestalten“ prägte die über 40 kulturellen und politischen Veranstaltungen der Interkulturellen Wochen in Nürnberg vom 22.09 bis 14.10.2007.

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen hielt Dr. Holger Kolb vom Institut für Migrationsforschung (IMIS) der Universität Osnabrück auf einer Diskussionsveranstaltung des Ausländerbeirates einen Vortrag zum Thema „Verpasste Integrationshilfen und nachholende Integrationspolitik“.

Am 28.09.2007 verlieh der Ausländerbeirat im Centro Español (Spanisches Zentrum) Nürnberg den Interkulturellen Preis 2007. Aus den Händen des Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly und des Ausländerbeirates erhielt das Zentrum den diesjährigen Interkulturellen Preis. Das Centro Español sei der einzige Verein in Nürnberg, der sich beispielhaft an die veränderte Situation der Zuwanderer in Nürnberg insofern angepasst hat, als er zu einem fast gleichen Anteil Nicht-Spanier integrieren konnte, hieß es in der Begründung der Jury.



Vergabe des Interkulturellen Preises 2007 an das Centro Español

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen fand auch am 11.10.07 in der DESI das bereits traditionelle Fest für Flüchtlingskinder und Jugendliche statt. Das Fest wurde vom Ausländerbeirat gefördert und vom Collegium Martin Behaim durchgeführt.

Wie jedes Jahr gab der Ausländerbeirat einen interkulturellen Kalender heraus, der Arbeitsausschuss Zuschussvergabe beschloss Mittel zur Förderung der schulischen und sprachlichen Integration. Ansonsten gab es Aktivitäten wie die Teilnahme des geschäftsführenden Ausschusses an den Sitzungen der Integrationskommission des Stadtrates, die Mitarbeit von einzelnen Beiräten an den Treffen des Bunten Tisches, ABA (Aktionskreis zur beruflichen Qualifizierung junger Ausländer), Projektbeirat „Gesundheit und Migration“, ARGE-Beirat, Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) mit vier Delegierten, Bundesausländerbeirat, AG Muslime – Nichtmuslime, Besuch von Vereinsveranstaltungen etc.



Das traditionelle Fest für Flüchtlingskinder in der DESI 2007

Arbeitsbereich Jugend/Schule/Soziales

2002-2003

Mit einem Einführungsreferat von Frau Helga Nagel, Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt am Main, organisierte der Ausländerbeirat am 01.02.2002 im Caritas-Pirkheimer-Haus die Veranstaltung „Schulen ohne Chancen oder Schüler ohne Chancen?“. Auf dem Podium der gut besuchten Veranstaltung saßen Mitra Sharifi, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Bayern (AGABY), Berta Nonhoff, Schulrätin beim Staatlichen Schulamt der Stadt Nürnberg, Elke Leo, Vorsitzende des Nürnberger Elternverbandes, Manfred Schreiner, Ausländerbeauftragter des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLIV), Nürnberg, Jonas Lanig,

Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Nürnberg und Mario Di Santo, Vorsitzender des Ausländerbeirates. Anlass der Veranstaltung waren die alarmierende Ergebnisse der Pisa-Studie für Deutschland.

Mit Beschluss vom 15.01.2002 bat der Ausländerbeirat die Stadtverwaltung und die im Rahmen der Zukunftskonferenz Südstadt aktiven Institutionen, eine Qualifizierungs- und Ausbildungsplatzoffensive für benachteiligte Jugendliche im Übergang von Schule und Beruf durchzuführen (QUAPO). Im Rahmen der Projekte der „Sozialen Stadt“ und der „EU-Ziel-2-Förderung“ sollte versucht werden, entsprechende sozialpädagogische Arbeit zu verankern.

Nach vielen Gesprächen mit verschiedenen Institutionen konnte der Beirat NOA als Projektträger gewinnen. Ende 2002 startete das Projekt. Seitdem werden über 400 Hauptschüler der 8. und 9. Klassen gezielt auf den Quali vorbereitet.

Der Stadtrat wurde im Mai 2002 gebeten, eine sozialräumliche Untersuchung über den Stadtteil Werderau in Auftrag zu geben. Dabei sollten alle im Stadtteil lebenden Bürgerinnen und Bürger, sowohl die alteingesessenen als auch die neu zugezogenen sowie die beteiligten Interessengruppen, einbezogen werden. Ein „Runder Tisch Werderau“ unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen wurde angelegt und gebildet. Bei der Untersuchung sollte der Frage nachgegangen werden, ob ein Stadtteilladen oder Bürgerzentrum die vorhandenen Spannungen im Stadtteil abbauen könnte. Als wünschenswert wurde die Bereitstellung von sofort verwendbaren Sozialräumen betrachtet.

Im Sommer 2002 wurde das Jugendamt gebeten, dem Ausländerbeirat und der Stadtratskommision für Integration einen Bericht über die Situation der Kindergärten vorzulegen. Dabei sollte dargelegt werden, wie die Stadt Nürnberg der Unterversorgung einzelner Stadtteile mit ausreichenden Kindergartenplätzen entgegentreten will. Anlass dieser Anforderung war, dass sich immer wieder besorgte ausländische Eltern, die keinen Kindergartenplatz für ihr Kind fanden, an den Ausländerbeirat und an die Arbeiterwohlfahrt wandten. Der Ausländerbeirat hat festgestellt, dass vor allem in den Stadtteilen

mit einem hohen Anteil ausländischer Bevölkerung, das heißt insbesondere in den Stadtteilen innerhalb des Rings (in der Südstadt, in St. Leonhard/Schweinau, in Gostenhof/Muggenhof, in der Nordstadt sowie Gärten b.W./Rennweg) für ausländische Eltern oft enorme Schwierigkeiten bestehen, überhaupt einen Kindergartenplatz zu finden. Von mehreren Kindergärten ist es bekannt, dass die Anzahl der Anmeldungen das zwei- und dreifache der vorhandenen Plätze überschreitet. Manche ausländischen Kinder haben erst ab dem 5. Lebensjahr eine Chance, einen Platz zu erhalten. Ein Kindergartenplatz ist für ein Kind nichtdeutscher Muttersprache aber absolute Voraussetzung für die Integration und für die spätere schulische und berufliche Laufbahn. Ein dreijähriger Kindergartenbesuch wäre die ideale Ausgangssituation. Es muss daher vordringliche Aufgabe sein, ausreichende Kindergarten- und Hortplätze zur Verfügung zu stellen.

2004

Der Ausländerbeirat beschloss am 27.04.2004 mit verschiedenen Gremien zusammenzuarbeiten und Vertreter zu entsenden. Frau Skojo, Frau Trapesanlidis und Herrn Postaloğlu werden bei ABA – Aktionskreis berufliche Qualifizierung junger Ausländer tätig sein. Zum Seniorenbeirat der Stadt Nürnberg werden Frau Sarotschkina, und als Stellvertreter Herrn Turan entsandt, zum VAG-Fahrgastbeirat Herr Petrović, als Stellvertreter Herr Khalaf. Beim Xenos-Beirat Nürnberg werden Herr Di Santo und Herr Turan als Stellvertreter den Ausländerbeirat repräsentieren. In die BZ-Beiräte „Lernende Region“ und BQN (Netzwerk zur Förderung der beruflichen Qualifizierung von Migranten/innen) gehen Herr Gekas und Frau Skojo. Im Beirat Migrationsarbeit beim Kreisjugendring werden Frau Hedžić-Rizvić und Herr Scala tätig sein. Frau Socorro van Look und Herr Karaslan vertreten den Beirat beim Bündnis für Familie und Herr Muteba und Herr Skala beim Bunten Tisch.

Folgende Delegierte entsendet der Ausländerbeirat zur Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY): Frau Bakula, Herrn Mytaris, Herrn Rodríguez und Herrn Ünal. (Herr Rodríguez wurde inzwischen in dem Vorstand der AGABY

und Frau Bakula als Delegierte für den Bundesausländerbeirat gewählt.

Im Juni 2004 wurden die Institutionen Arbeiterwohlfahrt (AWO), Caritas, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Stadtmission, Aussiedlerbeirat, Arbeitsamt, Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer vom Ausländerbeirat gebeten, Vertreter als Sachverständige zu benennen, damit sie zu den Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses und zu den Vollversammlungen des Ausländerbeirates eingeladen werden und Rederecht erhalten. Nach Ansicht des Ausländerbeirates werden zusätzliche Sachverständige aus den erwähnten Bereichen gebraucht, da die Thematik der beruflichen Bildung ein Schwerpunktthema der gesamten Amtsperiode des Ausländerbeirates sein wird.

Die Nürnberger Projekte InkuTra (Träger Arbeiterwohlfahrt) und Xenos Nürnberg, (Projekt von 2001–2004 Träger-NOA, Ausländerbeirat, DGB, Schulreferat/PI und Wirtschaftsreferat) haben in den zurückliegenden drei Jahren sehr erfolgreich interkulturelle Trainings mit unterschiedlichen Zielgruppen durchgeführt. Schwerpunkt von InkuTra war v.a. die Thematik der „interkulturellen Öffnung“ und hier insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt. Xenos Nürnberg konzentrierte sich vor allem auf den Schulbereich sowie auf die Fortbildung von Multiplikatoren. Die dreijährige Förderphase beider Projekte lief 2004 aus. Der Ausländerbeirat hält es für sinnvoll, die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter beider Projekte, die eine enge Zusammenarbeit anstreben, zukünftig für die Fortbildung der Stadt Nürnberg zu nutzen. Die Stadtverwaltung und insbesondere das Personalamt, das Pädagogische Institut und das Jugendamt wurden im September 2004 gebeten zu prüfen, ob die interkulturellen Seminare bei der Stadt Nürnberg ausgeweitet und zukünftig verstärkt von den Trainerinnen und Trainern von InkuTra und Xenos Nürnberg angeboten werden könnten.

Da die bevorstehende Sozialreform „Hartz IV“ der einheimischen Bevölkerung bereits erhebliche Verständnisprobleme bereitete und aufgrund der Sprachbarrieren bei der ausländischen Bevölkerung mit noch größeren Schwierigkeiten zu rechnen war, führte die Agentur für Arbeit Nürnberg am

16.11.2004 auf Anregung des Ausländerbeirates eine Informationsveranstaltung für Mitarbeiter/innen der Migrationssozialdienste und für Multiplikatoren durch. Eine kompetente Information der ausländischen Bevölkerung auf diesem Gebiet gewinnt an Bedeutung, zumal auch negative juristische Folgen für die Betroffenen bei Missverständnissen möglich sind.

2005

Der mangelnde Informationsstand ausländischer Eltern über das bayerische Schulsystem und die Duale Ausbildung wird immer wieder bemängelt. Die Verbesserung der Integrationschancen der Kinder mit Migrationshintergrund schon im Vorschulalter wurde vom Ausländerbeirat in der Vergangenheit immer wieder eingefordert. Insbesondere an den Übergängen Kindergarten-Schule und Schule-Ausbildung ist die Einbeziehung der Eltern dringend nötig, um die Chancen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Selbstverständlich sollen die bereits laufenden Projekte „Spielend lernen in Schule und Stadtteil“ (Langwasser und St. Leonhardt/Schweinau), QUAPO sowie BQN (Berufliches Qualifizierungs-Netzwerk für Migranten/innen) – hier insbesondere das Teilprojekt „Elternempowerment“ – eingebunden werden. Aus diesen Gründen beauftragte der geschäftsführende Ausschuss des Ausländerbeirates den Arbeitsausschuss „Jugend/Schule/Soziales“ eine Arbeitsgruppe „Interkulturelle Elternarbeit im Bildungsbereich“ zu bilden, zu der auch Sachverständige aus den Bereichen Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungssituatonen, Elternvereine und ähnliche Einrichtungen eingeladen werden sollten. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, ausländische Eltern bezüglich der Integration in Kindergärten, Schule und Ausbildung besser zu informieren, sie zur ehrenamtlichen Mitarbeit in den verschiedenen Gremien zu gewinnen (Elternempowerment) sowie das Beratungsangebot im Bildungsbereich zu verbessern.

Bildung als ein wichtiger Schlüssel zur Integration war der inhaltliche Schwerpunkt der 2. Bayerischen Projektbörse, die am 12.11.2005 in der Villa Leon in Nürnberg stattfand. Veranstalter war der Ausländerbeirat in Kooperation mit verschiedenen Institutionen. Nicht erst seit der PISA-Stu-

die wissen wir, dass Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien in der Schule weniger Chance haben. In den bayerischen Kommunen gibt es die unterschiedlichsten Projekte und Programme für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Börse stellte die Bemühungen und Ansätze zur Verbesserung der Bildungschancen der Kinder mit Migrationshintergrund vor.



Horst Förther, Bürgermeister der Stadt Nürnberg, bei der Eröffnung der 2. Bayerischen Projektbörse am 12.11.2005

Insbesondere Projekte mit Modellcharakter waren willkommen. Ziel dieser Börse war es, von einer finanziellen Lernphase zu lernen und die Möglichkeit der Übertragung zu nutzen. Ansätze und Modelle auf jeweils andere Kommunen zu überprüfen. Das Fachpublikum der Migrationssozialarbeit, die bayerischen Ausländerbeiräte sowie interessierte Politiker, aber auch die zahlreichen engagierten Bürger/innen, die sich in ehrenamtlichen und kleineren Projekten mit dem Themenpektrum der Börse beschäftigen, konnten sich umfangreich über die unterschiedlichen Arbeitsansätze, Projekte und Programme informieren.

Im Dezember 2005 bat der Ausländerbeirat Herrn Oberbürgermeister und den Nürnberger Stadtrat, in Nürnberg eine Antidiskriminierungsstelle zu schaffen. Diese Stelle sollte vor allem ständig sein für Beschwerdefälle im Bereich rassistischer, ethnischer, kultureller oder religiöser Diskriminierung. Im „Zehn-Punkte-Aktion“ zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“, der von der UNESCO und Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus

am 10.12.2004 in Nürnberg verabschiedet wurde, wird in Punkt 3 eine kommunale Antidiskriminierungsabteilung der Stadtverwaltung gefordert. Nürnberg hat diese Erklärung unterzeichnet und steht daher in der Pflicht, hier als Stadt der Menschenrechte eine Vorbildfunktion zu übenehmen. Ziel dieser kommunalen Antidiskriminierungsstelle wäre es, bestehende Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund aufzuzeigen und Lösungswege für die Betroffenen zu erarbeiten. Die Stadt München hat 2003 auf Vorschlag des Ausländerbeirates und mit Beschluss des Münchener Stadtrats eine kommunale Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle geschaffen. Erfolg hatte der Ausländerbeirat, als er das Finanzreferat und den Stadtrat bat, die Mittel der Haushaltsstelle „Förderung der sprachlichen und schulischen Integration“ bei den anstehenden Haushaltsberatungen für 2006 zu erhöhen. Die Mittel wurden auf 30.000 Euro erhöht.



Stand des Kollegiums Martin Behaim bei der 2. Bayrischen Projektbörse. Bernhard Jehle, Leiter des Pädagogischen Instituts und Günther Simon vom Collegium Martin Behaim (v.l.).

Im Jahr 2005 befanden sich auf der Haushaltsstelle „Förderung der sprachlichen und schulischen Integration“ Mittel in Höhe von insgesamt 19.100 Euro, davon zweckgebunden 12.600 Euro für das Jugendprojekt „Quapo“. Der Ausländerbeirat vergab die restlichen Mittel dieser Haushaltsstelle schon

Anfang des Jahres. Im April und Dezember 2005 beschloss der Ausländerbeirat nochmals zusätzliche Gelder für Sprachkurse aus den Mitteln für eigene Aktivitäten. Verschiedene Kurse, z.B. Qualikurse, schulergänzende Kurse, Kinderkurse, Kurse für Flüchtlinge, Alphabetisierungskurse, Kurse mit kleinerer Gruppenzahl etc. werden vom Ausländerbeirat finanziell gefördert. Die dafür vorgesehenen Mittel werden vom Ausländerbeirat entsprechend der im Februar 2004 beschlossenen Richtlinien vergeben.

2006

Auf Vorschlag des Ausländerbeirates wurde Frau Lemia Yigit im Jahre 2003 als eine von fünf Ehrenamtlichen in die Patientenvertretung des Klinikums Nürnberg gewählt. Am 17.10.2005 und am 02.05.2006 berichtete sie dem Ausländerbeirat über ihre Erfahrungen. Die Aufgabe der Patientenvertretung ist, Ansprechpartner der Patienten für Anregungen und Beschwerden während des Klinikaufenthalts zu sein. Die Anliegen werden vertraulich behandelt und gegebenenfalls den Verantwortlichen vorgetragen. Im Klinikum Süd ist die Patientenvertretung in Bauteil A, Erdgeschoss, Zimmer 34 und unter Tel. 398-5099 zu erreichen und im Klinikum Nord, Haus 1, Zimmer 01a, unter Tel. 398-2701. Sprechzeiten sind Montag 9–11 Uhr, Mittwoch 14–16 Uhr und Freitag 9–11 Uhr.

In der Kroatischen Katholischen Mission fand am 10.11.2006 eine Informationsveranstaltung für Eltern und Jugendliche über Bildung und Ausbildung mit Walter Lang, Leiter des Amtes für berufliche Schulen der Stadt Nürnberg, Bernd Hirschberger, technischer Ausbildungsberater der IHK Nürnberg und Irene Hartmann, Berufsberaterin der Agentur für Arbeit statt.

Auch 2006 kam der geschäftsführende Ausschuss des Ausländerbeirates wieder zu Gesprächen mit den einzelnen Stadtratsfraktionen zusammen. Die Vertreter des Ausländerbeirates besprachen mit der CSU, der SPD und den Grünen vor allem Fragen der Integration, der Bildung und der verschlechterten Ausbildungsplatzsituation. Der Ausländerbeirat appellierte an die Stadträte – wie mehrfach auch in den Beschlüssen ausgedrückt – alles

Menschenmögliche zu unternehmen, um den Jugendlichen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Im kleinen Rahmen zumindest konnte die Stadt Nürnberg durch die Einrichtung weiterer Berufsfachschulklassen und der Einführung des kommunalen Berufsgrundschuljahrs dem negativen Trend entgegenwirken. Leider wurde jedoch die Zustimmung zu weiteren Berufsfachschulklassen weniger in Nürnberg, sondern vor allem in München „aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten“ blockiert, wie Stadtrat R. Würffel meinte. Der geschäftsführende Ausschuss führte am 11.12.2006 auch ein Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Der Fußballverein Medina 2000 errang mit seinen beiden Mannschaften Platz 1 und 2 des von SportService und Ausländerbeirat gemeinsam am 10.06.2006 durchgeführten Turniers auf Kleinfeldern auf der Insel Schütt. Rang 3 erreichte der Verein Ay Yildiz. Der TSV Gostenhof musste sich mit Platz 4 begnügen. Insgesamt 15 Teams nahmen an dem sportlichen Ereignis teil.



2007

Der Ausländerbeirat hat mehrfach verstärkte Anstrengungen der Bildungseinrichtungen zur Verbesserung der Chancengleichheit der Jugendlichen ausländischer Herkunft im Übergang von Hauptschule und Berufsausbildung gefordert. Das Schulreferat stellte nun dem Beirat das neue Projekt „SCHLAU“ (Schule, Lernerfolg, Ausbildung) vor, das gezielt ausbildungsreife Jugendliche aus Hauptschulen mit besonders hohem Migrantenanteil bei der Berufsvorbereitung fördern und in Praktika und duale Ausbildungsverhältnisse vermitteln will.

Der Ausländerbeirat begrüßte das Projekt SCHLAU (Schule, Lernerfolg, Ausbildung), das die Schulverwaltung in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, durchführt, um mehr Nürnberger Hauptschülern die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung zu ermöglichen.

Verwaltung und Stadtrat werden deshalb gebeten,

- a) das Projekt auf alle Hauptschulen auszuweiten,
- b) alle Hauptschülerinnen und -schüler die den Qualifizierenden Hauptschulabschluss und eine Berufsausbildung anstreben einzubeziehen und
- c) für die Nachhaltigkeit des Projekts zu sorgen

Mit einstimmigem Beschluss vom 13.03.2007 schlug der Ausländerbeirat die Einrichtung einer kommunalen Bildungs- und Schullaufbahnberatungsstelle für Eltern und Schüler vor. Aufgabe dieser Stelle sollte es insbesondere sein, ein Multiplikatorennetzwerk der Beratung und Unterstützung in Bildungsfragen für ausländische Schüler/innen und Eltern aufzubauen und zu koordinieren. Diese Schullaufbahnberatung sollte als niedrigschwellige Anlaufstelle sowohl für persönliche Anfragen wie als Koordinationsstelle zum Aufbau eines Multiplikatorensystems fungieren.

Es sollten ausgewählte Multiplikatoren aus den Migrantenvereinen oder ehrenamtliche Personen als Vermittler für Bildungsfragen ausgebildet werden, um Aufklärungsarbeit in Migrantenvereinen zu machen. Die Stelleninhaber/innen müssten über hohe interkultureller Kompetenz verfügen. In diese Bildungsberatung sollte das von BQN in Fürth erprobte Modell des „Elternempowerment“ einfließen. Diese Stelle könnte beim Schulreferat angesiedelt werden.

Im März 2007 veröffentlichte der Ausländerbeirat folgende Presseerklärung zum Bericht des UN-Sondergesandten Verner Muñoz: „Der Einschätzung des UN-Sondergesandten Verner Muñoz, dass in Deutschland Kinder aus Migrantfamilien in der Bildung „systematisch benachteiligt“ werden, kann der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg insbesondere auch

für Bayern aus eigener Erfahrung voll zustimmen. Was Nürnberg betrifft sind ausländische Jugendliche an den Gymnasien und im Dualen System der Berufsausbildung absolut unterrepräsentiert (nur ca. 11 bzw. 9 Prozent der Jugendlichen sind dort „Ausländer“). Aber weit über dem Durchschnitt hingegen sind sie an den Hauptschulen und in den Jungarbeiterklassen der Beruflichen Schulen vertreten (ca. 40 %).

Wie schon seit der PISA-Studie bekannt, haben Kinder aus Migrantensfamilien oder aus der Unterschicht in Bayern sechs mal weniger die Chance das Gymnasium zu besuchen als Kinder aus der deutschen Mittel- und Oberschicht. Dieser ungleiche Zugang zur Bildung kann nur noch als Skandal bezeichnet werden.

Der Umbau der Hauptschulen zu Ganztagschulen geht zwar in die richtige Richtung, nötig wäre aber ein grundsätzliches Umdenken aller Verantwortlichen. Die frühe Selektierung der Kinder schon in der vierten Klasse in Bayern ist der falsche Weg. Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass alle Schüler von einem gemeinsamen Lernen auch in höheren Jahrgangsstufen profitieren können. Und wenn jährlich Tausende von Hauptschulabgängern ohne Ausbildungsplatz und somit ohne Zukunftsperspektive dastehen (in Nürnberg schätzt man diese Zahl z. Z. auf ca. 6000), dann muss die nötige Konsequenz gezogen und eine schulische Ausbildung als Ergänzung zum Dualen System angeboten werden.

Das Recht auf Bildung und Ausbildung ist ein Menschenrecht!

Unter dem Motto „Kein Schüler darf verloren gehen“ organisierte der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg in Kooperation mit ABA-Aktionskreis berufliche Qualifizierung junger Ausländer und verschiedenen Einrichtungen (DITIB e.V., Katholische Italienische Mission, Alevitisches Kulturzentrum, DEGRIN e.V.) vier Informationsveranstaltungen mit dem Ziel, die ausländischen Eltern und Jugendlichen über die aktuelle Situation der Bildung und Ausbildung zu informieren und ihnen konkrete Ratschläge für die Bildungslaufbahn der Jugendlichen zu geben.

mit Vertriebenen

- des Amtes für Berufliche Schulen der Stadt Nürnberg
- der Industrie- und Handelskammer Nürnberg
- der Handwerkskammer für Mittelfranken
- der Agentur für Arbeit Nürnberg (Beratung)
- des AAU - Ausbildung Ausländischer Unternehmer
- des Ausländerbeirates

AUSSLÄNDERBEIRAT DER STADT NÜRNBERG

Allgemeine Politik

2002–2003

Mit Beschluss vom 15.01.2002 bat der Ausländerbeirat den Stadtrat, beim Bayerischen und Deutschen Städtetag die Initiative zu ergreifen, um bei der Novellierung des Ausländerrechts (Zuwanderungsgesetz) jugendlichen Ausländern, die sich innerhalb eines Zeitraums von 6 Jahren in Deutschland integriert haben, ein eigenständiges und von den Eltern unabhängiges Aufenthaltsrecht zu gewähren.

Weiter sollte sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass für diesen Bereich des Ausländergesetzes spezifische Härtefallregelungen geschaffen werden.

Darüber hinaus sollte überprüft werden, ob Kinder, die hier geboren und/oder aufgewachsen sind und die Schule besucht haben, also die Basiskriterien der qualifizierten Arbeitsmigranten erfüllen, im

Veranstaltungsreihe „Kein Schüler darf verloren gehen“



Veranstaltung bei DITIB e.V. am 10.03.2007, İlhan Postaloğlu (Vorsitzender von DITIB e.V. und Mitglied des Ausländerbeirates), Arbeitsattaché des Türkischen Generalkonsulats Fuat Boztepe, Religionsattaché des Türkischen Generalkonsulats Atif Akşit, Vorstandsekretär Fikret Bilir (v.l.)



Die Referentin Frau Johanna Myllymäki-Neuhoff berichtet am 22.09.2006 über das Schulsystem in Finnland



Zuhörer bei der DITIB-Veranstaltung



Veranstaltung beim Alevitischen Kulturzentrum am 21.04.2007: Walter Lang, Friedrich Popp, Bernd Hirschberger u. Pinar Baykiran



Veranstaltung bei DEGRIN e.V. am 26.04.2007: Gerhard Wolf, Andja Skojo, Friedrich Popp, Ludmilla Wolf und Walter Lang (v.l.)



Veranstaltung bei der Kath. Italienischen Mission am 23.03.2007: Irene Hartman, Maria Richwien, G.Wolf und Bernd Hirschberger

Falle einer bereits erfolgten bzw. erzwungenen Ausreise mit 18 Jahren ein erleichtertes Rückkehrrecht eingeräumt werden kann.

Das Personalamt der Stadt Nürnberg wurde aufgefordert, analog zum Frauenförderprogramm ein interkulturelles Förderprogramm zu entwickeln, um den Anteil von Migranten/innen als fachlich ausgebildete Mitarbeiter/innen zu erhöhen. Der Ausländerbeirat hat mehrfach in Beschlüssen (im Juli 2002 und April 2003) auf die notwendige Öffnung der Stadtverwaltung für interkulturelle Fragen verwiesen. Diese interkulturelle Öffnung versteht der Ausländerbeirat in zwei Richtungen. Einerseits sollten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ihre interkulturelle Kompetenz z.B. in interkulturellen Trainings erweitern, andererseits müsste sich auch in der Verwaltung die multikulturelle Vielfalt der Nürnberger Bevölkerung widerspiegeln. Da dies sicherlich nicht sofort realisiert werden kann, wäre das Personalamt gefragt, sich der Herausforderung zu stellen, wie die Stadt-Nürnberg vermehrt Fachpersonal mit interkultureller und mit Sprachkompetenz einstellen kann. Angesagt wäre ein gezieltes Förderprogramm. Insbesondere Ausbildungsplatzsuchende mit muttersprachlichen Kenntnissen der Herkunftsänder der Migranten wären eine enorme Bereicherung für die Verwaltung. Dem Ausländerbeirat ist bekannt, dass sich immer wieder Bewerber/innen ausländischer Herkunft bei der Stadt Nürnberg um einen Ausbildungsplatz bemühen, jedoch fast immer durch das Raster fallen. Eine besondere Berücksichtigung der muttersprachlichen Kenntnisse erfolgt anscheinend nicht. Da die Stadtverwaltung mangels Sprachkompetenz im Parteiverkehr beträchtliche Verständigungsprobleme hat, kann der Ausländerbeirat dies nicht nachvollziehen, hieß es in der Begründung des Antrags.

2004

Der Ausländerbeirat protestierte in seiner Vollversammlung vom 17.02.2004 gegen die geplanten Kürzungen der Fördermittel für die Ausländersozialarbeit und Flüchtlingsbetreuung in diesem Jahr um 65 % bzw. 50 % durch das Land Bayern sowie die angekündigte Streichung der Fördermittel

für die Ausländersozialarbeit im folgenden Jahr. Dies führt zwangsläufig zu einer weiteren Verschlechterung und teilweisen Aufgabe der sozialen Betreuung des Personenkreises und zu Desintegration. Daher appellierte der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg eindringlich an die Bayerische Staatsregierung und an den Bayerischen Landtag, von den geplanten Kürzungen in dieser radikalen Form Abstand zu nehmen.

Der Beirat gab weiterhin zu bedenken, dass die Kosten, die durch die Nicht-Integration der Migranten entstünden, bei weitem höher seien, als die Kosten für umfassende Integrationsmaßnahmen. Das Sozialreferat der Stadt Nürnberg wurde gebeten, zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden – soweit möglich – ein Konzept zur Rettung der Migrationssozialarbeit und Flüchtlingsbetreuung in Nürnberg zu erarbeiten bzw. die Folgen aufzuzeigen, die ein Wegbrechen dieser Arbeit zur Folge hätte. Der Bericht des Sozialreferats wurde dann dem Ausländerbeirat und der Kommission für Integration vorgelegt

Im April 2004 forderte der Ausländerbeirat den Stadtrat auf, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadt Nürnberg setzt sich über den Bayerischen Städetag bei der Staatsregierung und dem Landtag dafür ein, dass in der Bayerischen Gemeindeordnung die Bestimmung aufgenommen wird, in Gemeinden mit mehr als 1000 gemeldeten ausländischen Einwohnern einen Ausländerbeirat einzurichten (vgl. § 84 der Hessischen Gemeindeordnung). Es soll ein entsprechender finanzieller Ausgleich geschaffen werden, der auch für diejenigen Gemeinden gelten soll, die schon bisher einen Ausländerbeirat hatten. Auf gleicher Weise soll die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGABY) als Landesvertretung der Ausländerbeiräte anerkannt werden.“

Auch an die Adresse des Stadtrates richtete sich die Bitte des Ausländerbeirates, er solle einen Antrag an den Bayerischen Landtag stellen, damit er das Kommunale Wahlrecht allen Zugewanderten in Bayern gewährt. Gemeindebürger ausländischer Herkunft sollten, wenn sie ununterbrochen seit mindestens fünf Jahren in Bayern lebten, an den kommunalen Wahlen teilnehmen können.

Es ist ein Selbstverständnis des Ausländerbeirates, sich allen rassistischen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Kräften entgegen zu stellen, insbesondere wenn sich demokratische Kräfte aus unterschiedlichen politischen Parteien und Gruppierungen zusammen schließen. Daher schloss sich der Ausländerbeirat dem „Bündnis gegen Rechts – nie wieder Faschismus in Nürnberg“ an und unterzeichnete Ende September 2004 die Erklärung.

Aus der Mitte des Ausländerbeirates wurden Herr Doğan Ünal als Vertreter und Frau Diana Liberova als 2. Vertreterin für dieses Bündnis bestimmt.

2005

Der Ausländerbeirat bat den Nürnberger Stadtrat Initiativen zu ergreifen, um eine Aufenthaltsverfestigung im Sinne einer „Altfallregelung“ für lange in Deutschland geduldete Flüchtlinge zu erreichen. Langjährig geduldet Menschen sollen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten, wie es auch ein breites Bündnis von DGB, PRO ASYL und Dr. Christian Schwarz-Schilling (CDU) fordert. Die Nürnberger Initiative sollte folgendes Ziel im Auge haben:

Wer sich länger als fünf Jahre in Deutschland legal aufhält, soll eine Aufenthaltsverfestigung über eine sog. Altfallregelung – ohne Bedingungen – erhalten.

Das Land Bayern soll eine unabhängige Härtefallkommission einrichten.



Eröffnung des Bürgertreffs Nordostbahnhof mit äthiopischen Flüchtlingen. Im Bild Claudia Geßl (3. v.l.), Jean-Pierre Muteba 2. stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirates (5. v.r.) und Ulla Holthaus von der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates (4. v.r.)

In der Begründung des Antrags heißt es: In anderen westeuropäischen Ländern wie Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland oder Spanien gibt es im Abstand einiger Jahre immer wieder eine Amnestie für illegal eingewanderte Menschen. Besonders in Frankreich und Italien sind die Bewegungen der „Sans Papiers“ und der „Clandestini“ mit dieser Forderung wirksam an die Öffentlichkeit getreten. Dabei erhielten bis zu 200.000 Menschen die Möglichkeit, ihren Aufenthalt unter bestimmten Voraussetzungen im jeweiligen Land zu legalisieren (WDR, 03.10.2003). In Spanien können zur Zeit ca. 800.000 illegal Eingewanderte ihren Aufenthalt durch eine Reform des Asylrechts legalisieren lassen (NZ vom 08.02.2005). Im Rahmen der Diskussion um den Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz ist es in Deutschland nicht einmal gelungen, den länger im Lande lebenden Menschen, die sich durchaus legal hier aufhalten, mit einer sogenannten „Altfallregelung“ eine Aufenthaltsverfestigung zu geben. Von den ca. 217.000 geduldeten Menschen leben mehr als 150.000 länger als 5 Jahre in Deutschland. In Nürnberg leben Menschen, die seit 8, 9 Jahren oder länger nur eine Duldung haben und trotzdem in einem unsicheren Status leben. Oft sind es Menschen, die bereits seit Jahren in den Arbeitsprozess und die deutsche Gesellschaft integriert sind. Volker Roßocha vom DGB-Bundesvorstand bezeichnet den Ausschluss der Geduldeten vom Arbeitsmarkt als „unvereinbar mit der Menschenwürde“ (siehe Presseerklärung von PRO ASYL vom 27.10.2004). Es würde Nürnberg als Stadt der Menschenrechte gut anstehen, wenn von der Stadt eine Initiative ausginge, diese Menschen mit einem verfestigten Aufenthaltsstatus in die Stadt zu integrieren. Nach dem Zuwanderungsgesetz (§ 23a Abs. 2 Aufenthaltsgesetz) können die Länder eine Härtefallkommission einrichten. Dies ist in Bayern bisher nicht geschehen. In dringenden humanitären Fällen könnte diese Härtefallkommission eine Mitentscheidung erhalten. In diese unabhängige Kommission sollten Vertreter gesellschaftlicher Gruppen entsandt werden.

Am 15.02.2005 beschloss der Ausländerbeirat folgende Forderung aufzustellen: „Die Stadt Nürnberg wird gebeten, analog zum Frauenförderprogramm ein Programm zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu erarbeiten, das zwei Ziele verfolgt:



Äthiopische Flüchtlinge vor dem Eingang der Straße der Menschenrechte 2005

1. Entwicklung eines interkulturellen Förderprogramms für Auszubildende sowie für Mitarbeiter/innen, um den Anteil von Fachkräften mit Migrationshintergrund und entsprechenden muttersprachlichen Kenntnissen bei der Stadtverwaltung zu erhöhen,
2. Fortbildung der städtischen Mitarbeiter/innen bezüglich „interkultureller Kompetenz“.

Der Ausländerbeirat erbittet vom Personalamt einen Bericht über die Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung. (...)

In der Begründung hieß es: „Der Ausländerbeirat hat mehrfach in Beschlüssen (z.B. 09.07.2002, 01.04.2003) auf die notwendige interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung verwiesen. Wie eingangs dargelegt, verstehen wir diese interkulturelle Öffnung in zwei Richtungen. Einerseits müsste sich auch in der Verwaltung die multikulturelle Vielfalt der Nürnberger Bevölkerung widerspiegeln (etwa 1/3 der Nürnberger Bevölkerung hat Migrationshintergrund!), andererseits sollten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ihre interkulturelle Kompetenz in interkulturellen Trainings erweitern. Dazu ist ein längerfristiges Förderprogramm nötig. Insbesondere bei Neueinstellungen sollten auch die muttersprachlichen Kenntnissen von Menschen mit Migrationshintergrund positiv bewertet werden. Interkulturelle Kompetenz ist als soziale Schlüsselkompetenz zu verstehen. (...“)

Der Ausländerbeirat sah es als nötig an, seine politischen Grundpositionen zu formulieren. Bei einem Seminar des Ausländerbeirates am 19./20. November 2005 im Schloss Schnay herrschte ein-

vernehmlich die Meinung, dass dringende Verbesserungen in der Politik für Migranten/innen und der entsprechenden Gesetze nötig sind. Der Ausländerbeirat hatte bereits 1993 in einem Positionspapier (dem gemeinsam mit dem DGB verfassten „Nürnberger Appell“) seine allgemeinen Forderungen formuliert. In einzelnen Punkten hat sich der Ausländerbeirat immer wieder positioniert und Beschlüsse gefasst, so hat er sich z.B. vehement für die vom Arbeitsverbot betroffenen geduldeten Äthiopier und Eritreer in Nürnberg eingesetzt oder ist für die Schaffung der bereits erwähnten kommunalen Antidiskriminierungsstelle eingetreten. Der Ausländerbeirat forderte daher in seinem Beschluss vom 14.02.2006 von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern von Bund, Land und Kommune, sich einzusetzen für:

- eine Altfallregelung für Flüchtlinge nach 5-jährigem Aufenthalt und somit Abschaffung der Kettenduldungen sowie Aufhebung des Arbeitsverbots für die Geduldeten
- die Einrichtung einer Härtefallkommission in Bayern
- eine Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes und insbesondere eine erleichterte Wiedereinbürgung für die sog. „Deutsch-Türken“ sowie die Zulassung der Doppelten Staatsbürgerschaft
- das Kommunale Wahlrecht für alle als 1. Schritt, also Kommunales Wahlrecht auch für Staatsangehörige aus Nicht-EU-Ländern
- die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgegesetzes
- eine kommunale Antidiskriminierungsstelle
- eine kommunale Gleichstellungspolitik
- keine Diskriminierung von Personen verschiedener politischer Strömungen oder Religionen bei der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis
- ein breites „Bündnis gegen Rechts“ und öffentliche Stellungnahmen gegen Rechtsradikalismus
- eine offene europäische Flüchtlingspolitik

Der Ausländerbeirat forderte in seiner Sitzung vom 02.05.2006 die bei der nächsten Kommunalwahl in Nürnberg antretenden Parteien und Wählervereinigungen auf, Migrantinnen und Migranten bei der Listenaufstellung – insbesondere auf den aussichtsreichen vorderen Plätzen – zu berücksichtigen. Im nächsten Stadtrat soll sich auch die Vielfalt der Nürnberger Bevölkerung widerspiegeln. Daher sollte bei der Aufstellung der Kandidatenliste mindestens jeder 4. Listenplatz mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten mit Migrationshintergrund besetzt werden. Der Ausländerbeirat appelliert an die kommunalpolitisch interessierten Migrantinnen und Migranten, sich in die bestehenden Parteien und Wählervereinigungen zu integrieren und sich für aussichtsreiche Plätze auf diesen Listen zu bewerben. In der Begründung hieß es: Die Weichen für die Kommunalwahl werden schon im Jahr 2006 gestellt. Augenblicklich haben 5 der 70 Stadträte einen Migrationshintergrund (3 Stadträte der SPD, 2 der CSU). 3 dieser 5 Stadträte sind in dieser Amtsperiode jedoch erst im Nachrückverfahren in den Stadtrat gekommen. Nürnberg hat eine ausländische Bevölkerung von ca. 18 %, davon hat die Mehrheit kein kommunales Wahlrecht. Wenn man die Eingebürgerten und Aussiedler zur Zahl der Ausländer hinzählt, kommt man auf einen Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund von über 30 %. Diese Vielfalt der Bevölkerung spiegelt sich kaum im Stadtrat und ebenso wenig in der Kommunalverwaltung wider. Es müsste ein dringliches Anliegen der kommunalen Parteien und Wählervereinigungen sein, die jeweiligen Listen entsprechend der Bevölkerung zu gestalten. Von der Aufstellung eigener, von Migranten dominierten Listen wie 1996 (Euroliste) und 2002 (Bunte internationale Liste) rät der Ausländerbeirat ab, da es vergebliche Mühe und dem Anliegen nicht dienlich ist.

Anfang Mai wandte sich der Ausländerbeirat mit folgender Erklärung an den Bayerischen Staatsminister des Innern:

1. Der bayerische Fragebogen zur Einbürgerung ist ungeeignet, weil er unter anderem Vereine und Parteien mit gewaltbereiten extremistischen Gruppierungen auf die gleiche Ebene setzt. Hinzu kommt,



Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses mit dem Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly 2006

dass alleine der Kauf von Informationsmaterial als Unterstützung einer Organisation gilt und anzugeben ist. Damit wird der Einbürgerungswillige zum gläsernen Bürger, diskriminiert und benachteiligt. Dies ist ein Angriff auf das demokratische Recht der Informations- und Meinungsfreiheit.

2. Wir raten auch ab, Fragebögen und Tests wie in Baden-Württemberg oder Hessen einzuführen. Auch eine geplante bundeseinheitliche Regelung sollte vom Grundsatz der Integration und nicht der Ausgrenzung ausgehen und insbesondere keine Fragen enthalten, die viele Deutsche nicht beantworten können.

Begründung: Es entsteht der Eindruck, dass man durch diese Maßnahmen integrationswilligen Migranten Angst machen und sie ausgrenzen will. Das Einbürgerungsverfahren sollte so gestaltet sein, dass Einbürgerungswillige als Bereicherung für die Gesellschaft angesehen werden und sie wirklich willkommen sind.

Der Ausländerbeirat forderte in verschiedenen Beschlüssen jahrelang die Stadt Nürnberg auf, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung einzustellen. Die Kenntnisse mehrerer Sprachen und Kulturen sind bei einer Bewerbung als zusätzliche Qualifikation anzusehen. Einen ersten Baustein hat die Stadt Nürnberg im Juli 2006 für das im September 2007 beginnende Ausbildungsjahr gelegt, indem sie öffentlich versprach, dass Bewerbungen ausländischer Hauptschüler einen Ausbildungsplatz zum Verwaltungsangestellten besonders berücksichtigt würden.

Nach Auffassung des Ausländerbeirates ist es allerdings noch ein sehr weiter Weg, bis die bei 2004 von der Stadtratskommission für Integration unter Leitung von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly unter dem Titel „Leitlinien Integrations-

gramm der Stadt Nürnberg“ verabschiedete interkulturelle Öffnung der Verwaltung in der geforderten Form tatsächlich erfolgen wird.

In einem Schreiben an den bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein begrüßte der Vorsitzende des Ausländerbeirates Mario Di Santo grundsätzlich die Einrichtung einer Härtefallkommission in Bayern. Des weiteren verwies der Beirat darauf, dass bezüglich der langjährig Geduldeten endlich eine Altfallregelung und ein Bleiberecht eingeführt werden sollte. Der Vorstoß des Bundesinnenministers in dieser Angelegenheit wurde zunächst begrüßt. Die Umsetzung der neuen Regelungen erfasse aber zu wenig Betroffene, so der Beschluss des geschäftsführenden Ausschusses von 21.11.06. Auch bezüglich der Besetzung dieser Kommission äußerte der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Mario Di Santo herbe Kritik.

„Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass das Bayerische Innenministerium keinen Vertreter der Ausländer in die Bayerische Härtefallkommission berufen hat. Auch mit der Besetzung der Kommission seitens des Bayerischen Städtertags sind wir unzufrieden. Es ist unglücklich, dass der Vertreter des Bayerischen Städtertags in der Härtefallkommission zugleich für den Vollzug der Abschiebungen in Nürnberg zuständig ist. In die Härtefallkommission sollten Personen berufen werden, welche die Probleme der betroffenen Menschen in erster Linie unter humanen und menschenrechtspolitischen und nicht nur unter juristischen und ordnungspolitischen Gesichtspunkten betrachten.“



Infoveranstaltung des Ausländerbeirates für russischsprachige Menschen im Nachbarschaftshaus Gostenhof

Der geschäftsführende Ausschuss des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg beschloss einstimmig am 19.09.2006, Herrn Stadtrat Bielmeier (CSU) den folgenden offenen Brief zu schreiben:

„Sehr geehrter Herr Bielmeier,
der Ausländerbeirat zeigt sich besorgt über Ihre Presseerklärung „Nürnberg im Sozialhilfevergleich: Zugang in Sozialsysteme verhindern“ vom 14.09.2006. In dieser Presseerklärung unterstellen Sie pauschal, dass Einwanderer bewusst in das Sozialsystem der Bundesrepublik einwandern. Eine Zeitung brachte am 15.09.06 gleich die Balkenüberschrift „CSU: Ausländer kosten uns zu viel“. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Ausländer ein negativer Kostenfaktor seien. Tatsächlich gibt es aber viele unterschiedliche Gründe in Abhängigkeit von Sozialleistungen zu kommen:

- Die in den 60er Jahren angeworbenen „Gastarbeiter“ haben vielfach nur als Hilfsarbeiter oder angelernte Facharbeiter gearbeitet, Jahrzehntelang einen niedrigen Lohn erhalten und haben nun oft eine Rente, die nicht für den Lebensunterhalt ausreicht.
- Die seit den 90er Jahren ins Land gekommenen Kontingentflüchtlinge konnten oft auf Grund nicht anerkannter Ausbildungszeugnisse oder auf Grund des Alters nicht mehr im Arbeitsmarkt Fuß fassen. Der Zuzug dieses Personenkreises nach Deutschland war allerdings ein bewusster politischer Akt der Bundesregierung, um das jüdische Leben in Deutschland wieder zu beleben.

Diese Menschen dürfen keineswegs als Last betrachtet werden. Es ist eine Pflicht des sozialen Wohlfahrtsstaates für die Grundsicherung dieser Menschen zu sorgen. Vorsorglich möchten wir darauf hinweisen, dass Ausländer in Nürnberg eine Bereicherung für die gesamte Stadt sind, ob als Arbeiter, Angestellte oder als Wirtschaftsunternehmer. Wir halten es für grundsätzlich fatal, Menschen in sozialen Notlagen moralisch an den Rand zu drängen. Mit Menschen darf man nicht wie mit Sachen umgehen und sie in nützliche und nutzlose einteilen.

Wir möchten Sie daher ausdrücklich bitten, solche Äußerungen zukünftig zu unterlassen.“

Große Sorge bereitet dem Ausländerbeirat die Tatsache, dass die irakischen Flüchtlinge von dem Verlust des Flüchtlingsstatus aufgrund der neuen Regelungen des Zuwanderungsgesetzes bedroht sind. Für eine Sitzung der Integrationskommission forderte der Ausländerbeirat einstimmig einen Bericht über die irakischen Flüchtlinge in Nürnberg, bei dem unter anderem auf offene Fragen

zum Aufenthaltsrecht, dem Widerrufverfahren und dem Arbeitsverbot eingegangen, aber auch die Frage, inwiefern irakische Staatsangehörige in Bayern eine Einbürgerung erlangen können, beantwortet wird. „Im Augenblick können irakische Staatsbürger nicht zurückgeschickt werden. Es ist damit zu rechnen, dass die meisten Flüchtlinge hier bleiben werden. Wenn die Flüchtlinge jedoch ihren Flüchtlingsstatus verlieren und keinen gesicherten Aufenthaltsstitel mehr haben oder gar die Arbeitserlaubnis entzogen wird, fallen sie ins soziale Nichts. Jugendliche können keine Ausbildung machen. Die Perspektivlosigkeit der Flüchtlinge kann unseres Erachtens nicht hingenommen werden. Den irakischen Flüchtlingen sollte eine Lebensperspektive gewährt werden“, lautet ein Auszug aus dem Beschluss vom 10.10.2006.

Bis zum aktuellen Zeitpunkt wurde für dieses Problem noch keine zufrieden stellende Lösung gefunden.

2007

Erfolg hatte der Ausländerbeirat als er forderte, dass alle Mitarbeiter der Ausländerbehörde ein Namensschild tragen bzw. aufstellen. „Es sollte eine Selbstverständlichkeit für eine kundenorientierte Verwaltung sein, als Beamter bzw. Angestellter namentlich erkennbar zu sein. Insbesondere bei der Ausländerbehörde vermissen wir diese früher übliche Gewohnheit, ein Namensschild aufzustellen. Die Besucher der städtischen Ämter wissen meist nicht, mit wem sie es zu tun haben“, heißt es in dem Beschluss vom 07.10.2005.

Ab dem 01.01.2007 ist dies auf Wunsch des Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly umgesetzt worden. Der Ausländerbeirat führte mit den Stadtratsfraktionen mehrere Gespräche über Haushaltsfragen durch. Am 02.10.2007 mit der CSU-Fraktion, am 15.10.2007 mit der SPD-Fraktion und am 22.10.2007 mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der geschäftsführende Ausschuss hatte ein Treffen mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly am 13.11.2007. Die behandelten Themen waren unter anderem Schulausbildung, berufliche Ausbildung, Berufsfachschulen, Umwandlung der Grund-

und Hauptschulen in Ganztagschulen, Erziehungsberatung für Familien mit Migrationshintergrund, Kindergartenplätze, Belegung und Schaffung neuer Stellen für die Migrationsarbeit etc.

Der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg bat in seiner Vollversammlung die Stadt Nürnberg, im Rahmen der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung die Einstellungssperre aufzuheben. Es sollte ein konkreter Plan zur Umsetzung der beschlossenen Integrationsleitlinie „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ erarbeitet werden. Insbesondere müsse die Einstellungssperre in bestimmten Bereichen, bei denen interkulturelle Kompetenz benötigt werde, außer Kraft gesetzt werden. Für entsprechende Arbeitsstellen sollten in erster Linie qualifizierte Bewerber mit Migrationshintergrund und entsprechenden Fremdsprachenkenntnissen berücksichtigt werden. Zusätzliche muttersprachliche Kenntnisse (neben Deutsch) seien als Zusatzqualifikation zu bewerten. Längerfristig solle der Anteil der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in etwa den gleichen Prozentsatz wie in der Bevölkerung haben.

Der Ausländerbeirat beschloss am 11.12.2007, Herrn Oberbürgermeister zu bitten, er möge das Einwohneramt veranlassen, umgehend alle Vorgänge aus dem Jahr 2005 zu überprüfen, bei denen der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit von Kindern festgestellt wurde, deren Eltern nach dem Jahr 2000 wieder die türkische Staatsangehörigkeit angenommen hatten. Die Rückerstattung der deutscher Staatsangehörigkeit sollte automatisch erfolgen. Den Betroffenen sollten die entstandenen Kosten zurückerstattet werden.

Der Beirat hatte schon 2005 die Forderung erhoben, bei Kindern keinen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit festzustellen, da diese automatisch mit den Eltern die türkische Wiedereinbürgung erhalten hätten. Nun läge ein Grundsatzurteile des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vor, da diese Position bestätigte. Nürnberg habe zwar schon ab Herbst 2005 zu Gunsten der Kinder entschieden, aber es gäbe noch eine Dunkelziffer von Betroffenen, die angeschrieben werden müssten.



Costas Charassis, Mario Di Santo, Diana Liberova, Ali Bencibara und Ljubo Dabovic bei der Veranstaltung „Ist der Ausländerbeirat noch zeitgemäß?“ am 01.10.2007



Der geschäftsführende Ausschuss des Ausländerbeirates zu Besuch beim Oberbürgermeister 2007



Sitzung des Ausländerbeirates 2007



Andja Skojo, Radovan Petrović, Ljubo Dabovic, Ottmar Jäger, Costas Charassis und Ali Bencibara



Sitzung des Ausländerbeirates 2007



Sitzungen, Gespräche, Seminare, Veranstaltungen und Treffen des Ausländerbeirates 2002-2007

Zusammengestellt von Natalya Izmaylova

2002

15.01.02	29. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates	04.06.02	Sitzung des AA Zuschussvergabe
19.01.02	Empfang im Rathaus	05.06.02	Sitzung des Bunten Tisches
20.01.02	Veranstaltung zur Kommunalwahl im Centro Español	08.06.02- 09.06.02	Fest am Wöhrder See
21.01.02	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales	10.06.02	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
23.01.02	Pressegespräch über die Stellungnahme des A8 zum Bericht der Schulämter	11.06.02	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
27.01.02	Veranstaltung zur Kommunalwahl im Nachbarschaftshaus Gostenhof	17.06.02	Gespräch mit der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
30.01.02	Sitzung des Bunten Tisches	17.06.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
01.02.02	Veranstaltung „Ausländische Schüler ohne Chancen?“ mit Helga Nagel vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt u.a.	19.06.02	Gespräch mit dem OBM
04.02.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit	20.06.02	Sitzung der Kommission für Ausländerfragen
04.02.02	Sitzung des AA Zuschussvergabe	29.06.02	Gostenhofer Stadtteilfest
05.02.02	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses	09.07.02	32. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
21.02.02	Sitzung der Kommission für Ausländerfragen	29.07.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
25.02.02	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales	31.07.02	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
27.02.02	Sitzung des Bunten Tisches	13.09.02	Pressekonferenz über die Interkulturellen Wochen
11.03.02	Sitzung des AA Zuschussvergabe	16.09.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
12.03.02	30. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates	21.09.02	Symposion „Integration ist machbar“
08.04.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit	24.09.02	Sitzung des AA Zuschussvergabe
10.04.02	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales	24.09.02	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
12.04.02	Gespräch mit Staatssekretär Herr Freller, Schwabach	25.09.02	Sitzung des Bunten Tisches
16.04.02	Sitzung des AA Zuschussvergabe	26.09.02	Sitzung der Kommission für Integration
23.04.02	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses	27.09.02	Das Netzwerk Interkulturelle Mediation stellt sich vor
24.04.02	Sitzung des Bunten Tisches	04.10.02	Fest für Flüchtlingskinder
15.05.02	Gespräch mit der CSU-Stadtratsfraktion	14.10.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
15.05.02	31. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates	15.10.02	33. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
16.05.02	Gespräch mit der SPD-Stadtratsfraktion	23.10.02	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
		30.10.02	Sitzung des Bunten Tisches
		04.11.02	Sitzung des AA Zuschussvergabe

Fortsetzung 2002

06.11.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
13.11.02	Jurysitzung für die Verleihung des Interkulturellen Preises
18.11.02	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
19.11.02	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
25.11.02	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
27.11.02	Sitzung des Bunten Tisches
10.12.02	34. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
18.12.02	Sitzung der Kommission für Integration

2003

13.01.03	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
20.01.03	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
28.01.03	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
30.01.03	Gespräch über die Griechische Gemeinde
03.02.03	Gespräch mit Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
05.02.03	Anstöße 1 „Integration zwischen Ghetto und Assimilation“
06.02.03	Sitzung der Kommission für Integration
10.02.03	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
18.02.03	35. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
24.02.03	Sitzung des AA Zuschussvergabe
26.02.03	Sitzung des Bunten Tisches
10.03.03	Sitzung des Runden Tisches
11.03.03	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
12.03.03	Anstöße 2 „Nürnberg ist eine Modellstadt für Integration?“ mit OBM Dr. U. Maly
17.03.03	Info-Veranstaltung Ausländerbeirat-Wahl Nationalitäten: Italien, Serbien und Montenegro
18.03.03	Info-Veranstaltung Ausländerbeirat-Wahl Nationalitäten: Russland und andere GUS-Staaten
19.03.03	Info-Veranstaltung Ausländerbeirat-Wahl Nationalitäten: Griechenland, Nationalitätengruppe I
20.03.03	Info-Veranstaltung Ausländerbeirat-Wahl Nationalitäten: Nationalitätengruppe IV
21.03.03	Info-Veranstaltung Ausländerbeirat-Wahl Nationalitätengruppe: Türkei

24.03.03	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
26.03.03	Sitzung des Bunten Tisches
31.03.03	Treffen mit „Bündnis für Familie“
01.04.03	36. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
02.04.03	Anstöße 3 „Deutsche, Bindestrich-Deutsche, Migranten/innen-Identität(en) im Zeitalter der Globalisierung“
07.04.03	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
07.05.03	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
08.05.03	Sitzung der Kommission für Integration
27.05.03	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
02.06.03	Redaktionssitzung
04.06.03	Anstöße 4 „Kampf der ‚Kulturen‘ – Fundamentalismen global?“
05.06.03	Infoveranstaltung über die Ausländerbeiratswahl
07.06.03 – 08.06.03	Fest am Wöhrder See
17.06.03	Infoveranstaltung über die Ausländerbeiratswahl
23.06.03	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
24.06.03	37. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
03.07.03	Sitzung der Kommission für Integration
05.07.03 – 06.07.03	Südstadtfest
15.07.03	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
15.07.03	Sitzung des AA Zuschussvergabe
02.10.03	Sitzung der Kommission für Integration
13.10.03	Sitzung des AA Zuschussvergabe
10.11.03	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit

Ausländerbeirat 6. Amtsperiode

29.11.03	Seminar für den neu gewählten Ausländerbeirat
10.12.03	Treffen der neuen Ausländerbeiräte

2004

12.01.04	1. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
15.01.04	Pressekonferenz
19.01.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
20.01.04	Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses mit Herrn Oberbürgermeister Maly
22.01.04	Besuch des kroatischen Fernsehens
11.02.04	Sitzung des Bunten Tisches
12.02.04	Gespräch mit der SPD-Stadtratsfraktion
17.02.04	2. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
17.02.04	Sitzung des AA Zuschussgabe
01.03.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
08.03.04	Sitzung des AA Zuschussgabe
08.03.04	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
15.03.04	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
23.03.04	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
20.04.04	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
21.04.04	Sitzung des Bunten Tisches
22.04.04	Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses mit der CSU-Stadtratsfraktion
27.04.04	3. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
29.04.04	Sitzung der Kommission für Integration
29.04.04	Sitzung der Kommission für Integration
03.05.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
10.05.04	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
14.05.04	Seminar im Schloss Schney
15.05.04	
18.05.04	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
19.05.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
01.06.04	Sitzung der Zeitungsredaktion
15.06.04	4. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
21.06.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
26.06.04	Stadtteilfest Gostenhof
28.06.04	Sitzung des AA Zuschussvergabe
30.06.04	Sitzung des Bunten Tisches
03.07.04	Vorstandssitzung der AGABY
12.07.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit

13.07.04	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
19.07.04	Sitzung der Jury zur Vergabe des Interkulturellen Preises 2004
15.09.04	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
16.09.04	Pressekonferenz „Interkulturelle Wochen 2004“
18.09.04	Seminar „Das neue Zuwanderungsgesetz“
24.09.04	Vergabe des Interkulturellen Preises
28.09.04	5. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
29.09.07	Sitzung des Bunten Tisches
30.09.04	Fest für Flüchtlingskinder in DESI
01.10.04	Eröffnung des Symposiums „In der Vielfalt liegt die Stärke“
07.10.04	Sitzung der Kommission für Integration
19.10.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
22.10.04	Treffen mit den AGABY-Vertretern
09.11.04	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
10.11.04	Treffen des Ausländerbeirates, Mülltrennung
16.11.04	Infoveranstaltung der Bundesagentur für Arbeit über „Harz IV“
17.11.04	Besichtigung der Sortieranlage der Gewerbemüllverwertung
22.11.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
23.11.04	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
24.11.04	Sitzung des Bunten Tisches
30.11.04	6. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
01.12.04	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
02.12.04	Sitzung der Kommission für Integration
07.12.04	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
13.12.04	Sitzung des AA Zuschussvergabe

2005

11.01.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
18.01.05	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses „Jahresplanung 2005“
22.01.05	Empfang des Ausländerbeirates
24.01.05	Sitzung der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Elternarbeit“
26.01.05	Sitzung des Bunten Tisches
01.02.05	Gespräch mit der SPD-Stadtratsfraktion
02.02.05	Migrantenforum
07.02.05	Infobesprechung
10.02.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
13.02.05	Vorstandssitzung der AGABY
15.02.05	7. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
15.02.05	Sitzung des AA Zuschussvergabe
21.02.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales „Flüchtlinge“
21.02.05	Gespräch mit dem OBM
28.02.05	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
03.03.05	Sitzung der Kommission für Integration
03.03.05	Treffen zur Vorbereitung der 2. Bayerischen Projektebörse
09.03.05	Treffen der Zeitungsredaktion
15.03.05	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
15.03.05	Sitzung des AA Zuschussvergabe
16.03.05	Sitzung der AG „Interkulturelle Elternarbeit“
17.03.05	Treffen mit dem DGB
23.03.05	Treffen mit Vertretern des Ausländeramtes
06.04.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
12.04.05	Treffen zur Vorbereitung der 2. Bayerische Projektebörse
14.04.05	Treffen mit dem Sportamt und Türk. FC
18.04.05	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
25.04.05	8. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
28.04.05	Sitzung des Bunten Tisches
10.05.05	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
12.05.05	Sitzung der AG „Interkulturelle Elternarbeit“
29.05.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
01.06.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales

03.06.05	Anstöße 11 „Modell Amsterdam? Wege und Erfahrungen kommunaler Integrationspolitik“
06.06.05	Infobesprechung des Ausländerbeirates
07.06.05	9. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
13.06.05	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
21.06.05	Infobesprechung des geschäftsführenden Ausschusses
22.06.05	Sitzung des Bunten Tisches
23.06.05	Sitzung der Kommission für Integration
25.06.05	Stadtteilfest Gostenhof
27.06.05	Sitzung des AA Zuschussvergabe
27.06.05	Sondersitzung des geschäftsführenden Ausschusses
02.07.05– 04.07.05	Südstadtfest
04.07.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
12.07.05	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
18.07.05	Sitzung der Jury zur Vergabe des Interkulturellen Preises 2005
25.07.05	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit

Fortsetzung 2005

12.09.05	Sondersitzung des geschäftsführenden Ausschusses
19.09.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
20.09.05	Pressekonferenz
20.09.05	Sitzung AK Migration der SPD-Stadtratsfraktion
23.09.05	„Was tun gegen Rassismus?“ Auftaktveranstaltung der IKW
25.09.05	Friedenstafel, Infostand des Ausländerbeirates
27.09.05	10. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
28.09.05	Sitzung des Bunten Tisches
29.09.05	Sitzung der Kommission für Integration
05.10.05	Anstöße 12 „Wohnen und Integration in Nürnberg“
07.10.05	Vergabe des Interkulturellen Preises
07.10.05	Veranstaltung „Geschichte meiner Migration“
10.10.05	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
10.10.05	Gespräch mit der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
17.10.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
19.10.05	Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses mit dem Oberbürgermeister
24.10.05	Einbürgerungsempfang
26.10.05	Anstöße 13 „Staat im Staate?“
08.11.05	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
10.11.05	Gespräch mit der SPD-Stadtratsfraktion
11.11.05	Anstöße 14
12.11.05	2. Bayerische Projektebörse
19.11.05 – 20.11.05	Seminar des Ausländerbeirates im Schloss Schney
23.11.05	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
30.11.05	Sitzung des Bunten Tisches
01.12.05	Sitzung der Kommission für Integration
05.12.05	Sitzung des Bunten Tisches
05.12.05	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
06.12.05	11. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates

2006

16.01.06	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
24.01.06	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
25.01.06	Sitzung des Bunten Tisches
27.01.06	Empfang des Ausländerbeirats mit Herrn Oberbürgermeister Maly
08.02.06	Sitzung des AA Sport
13.02.06	Sitzung des AA Zuschussvergabe
14.02.06	12. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
20.02.06	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
23.02.06	Treffen mit WM-Büro
01.03.06	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
06.03.06	Sitzung des AA Sport
09.03.06	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
21.02.05	Gespräch mit dem OBM
28.02.05	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
01.03.05	Sitzung der Kommission für Integration
03.03.05	Treffen zur Vorbereitung der 2. Bayerischen Projektebörse
09.03.05	Sitzung der Kommission für Integration
13.03.06	Vereinshearing
14.03.06	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
22.03.06	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
27.03.06	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
28.03.06	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
03.04.06	Sitzung des AA Zuschussvergabe
06.04.06	Sitzung der Zeitungsredaktion
24.04.06	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit „Ethnische Ökonomie“
02.05.06	13. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
08.05.06	Sitzung des AA Sport
16.05.06	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
22.05.06	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
22.05.06	Sitzung für Vorbereitung des Internationalen Fußballturniers
29.05.06	Sitzung des AA Zuschussvergabe
30.05.06	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
31.05.06	Sitzung des Bunten Tisches

Fortsetzung 2006

06.06.06	Sitzung der AG Pressearbeit
19.06.06	Sitzung des Arbeitskreises für Integrations- und Migrationsfragen
19.06.06	14. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
22.06.06	Sitzung der Kommission für Integration
24.06.06	Stadtteilfest Gostenhof
27.06.06	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales, „1. Generation“
03.07.06	Treffen der Vorsitzenden
11.07.06	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
17.07.06	Sitzung der Jury zur Vergabe des Interkulturellen Preises
19.07.06	Sitzung des Bunten Tisches
24.07.06	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
11.09.06	Treffen der Vorsitzenden
13.09.06	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
19.09.06	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
19.09.06	Sitzung des AA Zuschussvergabe
21.09.06	Sitzung der Kommission für Integration
22.09.06	Eröffnung der Interkulturellen Wochen
26.09.06	Sitzung des AA Zuschussvergabe
27.09.06	Sitzung des Bunten Tisches
28.09.06	Vergabe des Interkulturellen Preises
05.10.06	Veranstaltung „Integration – am Anfang oder am Ende?“
10.10.06	15. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
12.10.06	Anstöße 21 „Wir haben keine Chancen, aber wir nutzen sie“
18.10.06	Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses und SPD-Stadtratsfraktion
23.10.06	Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses mit der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
25.10.06	Sitzung der AG Presse
06.11.06	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
07.11.06	Treffen der Arbeitsgruppe „Presse“
09.11.06	Pressekonferenz
10.11.06	Infoveranstaltung für Eltern und Jugendliche über Bildung und Ausbildung Kath. Mission
14.11.06	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales

21.11.06	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
27.11.06	Sitzung des AA Zuschussvergabe
29.11.06	Einbürgerungsfeier
30.11.06	Sitzung der Kommission für Integration
11.12.06	Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses und Herrn Oberbürgermeister Maly

2007

08.01.07	Treffen der Vorsitzenden
16.01.07	16. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
19.01.07	Neujahrsempfang des Ausländerbeirates
22.01.07	Vorstandssitzung der AGABY
24.01.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
30.01.07	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
31.01.07	Sitzung der Kommission für Integration
05.02.07	Sitzung des AA Zuschussvergabe
13.02.07	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
13.02.07	Sitzung der AG Presse
16.02.07	Pressekonferenz
17.02.07	AGABY-Tagung
28.02.07	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
03.03.07 – 04.03.07	Seminar AGABY
05.03.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
06.03.07	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales mit dem Hr. Reimüller, Jugendamt
10.03.07	Infoveranstaltung über Ausbildung und Bildung
12.03.07	Sitzung des AA Zuschussvergabe
13.03.07	17. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
14.03.07	Treffen der Zeitungsredaktion
20.03.07	Sitzung der Kommission für Integration
23.03.07	Infoveranstaltung über Ausbildung und Bildung
27.03.07	Sitzung des Bunten Tisches
11.04.07	Treffen der AG zur Seminarvorbereitung

Fortsetzung 2007

14.04.07	Seminar des Ausländerbeirates	01.10.07	Veranstaltung „Ist der Ausländerbeirat noch zeitgemäß?“
24.04.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit	02.10.07	Sitzung der Kommission für Integration
25.04.07	Treffen der Zeitungsredaktion	02.10.07	Gespräch mit der CSU-Stadtratsfraktion
02.05.07	Treffen der Vorsitzenden	09.10.07	Veranstaltung „Verpasste Integrationshilfen und nachholende Integrationspolitik“
08.05.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit	15.10.07	Gespräch mit der SPD-Stadtratsfraktion
09.05.07	Treffen mit dem Aktionskreis berufliche Qualifizierung junger Ausländer (ABA)	17.10.07	Sitzung des AA Zuschussvergabe
10.05.07	Treffen der Zeitungsredaktion	22.10.07	Gespräch mit der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
14.05.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit	23.10.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
22.05.07	Treffen des AB mit den rumänischen Vereinen	23.10.07	Treffen des AK Muslime-Nichtmuslime
23.05.07	Treffen der Koordinierungsgruppe „Bunter Tisch“	06.11.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
12.06.07	18. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates	06.11.07	Sitzung der AG Öffnung der Verwaltung
14.06.07	Treffen ABA AG Elternarbeit	12.11.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
18.06.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit	13.11.07	Gespräch des geschäftsführenden Ausschusses mit Herrn Oberbürgermeister Maly
20.06.07	Arbeitstreffen zur Vorbereitung der Sitzung der Kommission für Integration	13.11.07	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses
21.06.07	Sitzung der Kommission für Integration	19.11.07	Sondersitzung des geschäftsführenden Ausschusses
23.06.07	Stadtteilfest Gostenhof, Infostand	27.11.07	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales
25.06.07	Sitzung des AA Zuschussvergabe	04.12.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit
27.06.07	Sitzung des Bunten Tisches	11.12.07	20. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates
30.06.07– 01.07.07	Südstadtfest, Infostand		
02.07.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit, Gespräch mit dem leitenden Polizeidirektor Hr. Schlägel		
10.07.07	Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses		
16.07.07	Treffen der AG „Schulpapier“		
16.07.07	Sitzung der Jury zur Vergabe des Interkulturellen Preises		
17.07.07	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales		
23.07.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit		
24.07.07	Treffen zur Vorbereitung des Bunten Tisches		
12.09.07	Sitzung des AA Öffentlichkeitsarbeit		
18.09.07	Sitzung des AA Jugend/Schule/Soziales		
25.09.07	19. ordentliche Vollversammlung des Ausländerbeirates		
26.09.07	Sitzung des Bunten Tisches		

Der Ausländerbeirat in der Presse 2002–2007

NÜRNBERG

NZ Nr. 225 — Seite 11

Schülerbündnis gegen Abschiebung und Ausbildungs-Initiative wurden geehrt Ein Preis, der Aufmerksamkeit weckt

Der interkulturelle Preis des Ausländerbeirates geht im Jahr 2003 an zwei Nürnberger Initiativen: Ausgezeichnet wurden das „Plattform Abschiebebedrohter Schüler“ (PaS) und der „Ausbildungsring ausländischer Unternehmer“ (AAU).

„Dieser Preis

weckt Aufmerksamkeit“

hob

Oberbürgermeister

Ulrich Maly

bei der Verleihung

am Samstag

hervor. Dies

sei vor allem für

die Aktivitäten

des Schülerbün-

des gegen

Abschiebung

wenig. Bei die-

sen oft unsach-

lich diskutierten

Themen helfe es bis

zur Verabschie-

dung einer ausländi-

chen Zuwande-

rgesetzes nur

Öffentlichkeit zu

schaffen. Die Schüler hätten es ver-

standen, trockene Fakten mit Gesich-

tern zu verbinden. Mit dem zweiten

Preisträger werde ein Ansatz gewhr-



Ausländerbeirat-Vorsitzender Mario Di Santo (4. v. l.) verlieh die interkulturellen Preise an das Bündnis ehemals abschiebebedrohter Schüler und den Ausbildungering ausländischer Unternehmer. Foto: Gerulic

dig, der angesichts der Lage auf bei von ausländischen Unternehmern geleiteten Firmen zu schaffen. Mittlerweile sind über 120 Auszubildende in 80 Betrieben beschäftigt.

Die 1999 ins Leben gerufene Initiative hat es sich zum Ziel gesetzt, mit der Gründung eines „Ausbildungsverbundes“ zusätzliche Lehrstellen

ch

Nürnberger Zeitung, 29.09.2003

Kompromiss wurde gestern im Ausländerbeirat einstimmig angenommen Zwist konnte beigelegt werden Vorstand und Ausschuss erweitert – Antrag auf geheime Wahl abgelehnt



Vertrauensbildende Maßnahme: Im Ausländerbeirat demonstrierten die einigen Gegner gestern Einigkeit.

Foto: Harald Sippel

Der Zwist im Nürnberger Ausländerbeirat ist beigelegt. Gestern wurde der Minderheitsgruppe ebenfalls jeweils ein Sitz im Vorstand und im Geschäftsführer-Ausschuss zugestanden.

Im 30-köpfigen Ausländerbeirat war es bei der ersten Sitzung im Januar zum Eklat gekommen. Die aus 17 Mitgliedern bestehende Internationale Ausländergruppe hatte ihre Mehrheit nach Ansicht der Minderheitengruppe „schamlos ausgenutzt“ und nur ihre eigenen Vertreter in den Vorstand geholt. Die 13 Untergingen verließen daher aus Protest die Sit-

zung. Um eine Schwächung des Ausländerbeirates zu verhindern, fand dann ein Einigungsgepräch unter Leitung von Oberbürgermeister Ulrich Maly statt. Der dabei erzielte Kompromiss stand beim gestrigen, zweiten Versuch der Beirat konstituierend auf dem Prüfstand.

Zunächst sah es dabei so aus, als würde die Einigung doch schwieriger

werden, als gedacht. Cabit Turan von der türkischen Gruppe „Soziales Recht“ bestand darauf, dass über die neuen Mitglieder im Vorstand und im Geschäftsführer-Ausschuss geheim abgestimmt wird, da sich „mehrere Kollegen unter Druck gesetzt fühlen“. Es ließ sich auch vom OB nicht abbringen, der darauf hingewiesen hatte, dass gerade die öffentliche Abstimmung für einen Vertreter der anderen Gruppierung „Teil der Vertrauensbildung“ sei. Turans Antrag wurde dann aber mit knapper Mehrheit abgelehnt.

So wurden die zusätzlichen Vertreter im Geschäftsführer-Ausschuss, der Ägypter Hassan Khalaf und der Spanier Gustavo Rodriguez Arias, in öffentlicher Wahl einstimmig bestimmt. Danach wählte der nun auf neuen Mitglieder aufgestockten Ausschuss einen dritten stellvertretenden Vorsitzenden. Ebenso einstimmig hoben die Neun ihre Hand für Andja Skojo von der bislang aus dem Vorstand ausgeschlossenen 13er-Gruppe. Die Kroatin Skojo fehlte gestern allerdings krankheitsbedingt. Auch der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Mario Di Santo, konnte an der Konstituierung aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen.

Erstatterweise bedankte sich Dzemal Durakovic aus Montenegro, er gehörte der Minderheits-Gruppe an, mit den Worten: „Jetzt gibt es im Ausländerbeirat nicht mehr die Gruppe 17 oder die Gruppe 13, sondern nur noch eine 30er-Gruppe.“ Auch Maly, der gestern ausnahmsweise einmal eine Ausländerbeiratssitzung leitete, äußerte die Hoffnung, „dass die Würter Gruppe und Fraktion so schnell wie möglich Auszug aus dem Ausländerbeirat halten.“

vp

Nürnberger Zeitung, 18.02.2004

Unbequemer Missionar

Interkultureller Preis für G. Simon und „Quantensprung“

von CLAUDINE STAUBER

Der Nürnberger Ausländerbeirat hat gestern seinen interkulturellen Preis verliehen: Die deutsch-türkische Band „Quantensprung“ und der in der Flüchtlingsarbeit aktive Günther Simon wurden ausgezeichnet.

Wer dem afrikanischen Gott Numba eine schriftliche Bitte unter den hölzernen Fuß auf dem Fensterbrett schreibt, darf hoffen. Aber, lächelt der Preisträger und greift nach Numbas Bein, ob das auch gegen Hartz IV hilft, sei doch sehr fraglich.

Günther Simon, der katholische Missionar, der Sozialdemokrat, der trotz allem bei der Stange bleibt, der Ver-

lagskaufmann mit der großen Liebe zur afrikanischen Literatur, spricht gewöhnlich Klartext: „Ich spiele in einer hohen Altersklasse“, sagt der 75-Jährige. Darauf könne er sich offene Worte erlauben.

Ein unbekannter Preisträger, der still hält, gibt es nicht ab. Er misst ja für die vielen anderen sprachen, sagt er mit rauer Stimme, die bis vor einem Jahr von ungernahen Zigaretten rasselten werden ist. Er spricht für die illegalen Flüchtlinge, denen kein Arzt hilft. Für die Menschen in Abschiebehäfen, die er Woche für Woche besucht. Für Asylbewerber in tristen Unterkünften und letztere auch für sich selbst.

Die Simonas, Überlebende aus der fahlen Berliner Lückallee, mussten 1938 auf die Flucht gehen. Sohn Günther war zehn, als ums das Deutsche Reich die Kündigung schickte. Über Portugal rettete sich die fünfköpfige Familien nach Argentinien. Für ihn und seine Geschwister sei das „ein tolles Abenteuer“ gewesen. Kein Wort sprechen die Eltern über die Nazis.

Erst spät erfuhr der Theologiestudent, von den Grünen und nimmt sich seither das Recht, von der „deutschen Hausmenschaffen“-Tradition“ zu sprechen. Dass Bundesinnenminister Schäuble heute von Lagern im Nordafrika sprache, dass Flüchtlinge um ein kleines bisschen Menschenrechte betteln müssten, das macht aus dem freundlichen Herrn mit der großen Brille einen unerträglichen Kämpfer.

Arbeitskreis Asyl der Innenstadt-Kirchen, Col-



Beut Brücken mit Music: Die Gruppe „Quantensprung“ bei der Preisverleihung im Rathaus.

Foto: Karthei

legium Martin Behaim, ehemalige Gefangenenaufzucht - seit Günther und Gerda Simon 1994 aus dem Tschad zurückgekehrt sind, stehen Menschen auf der Flucht im Mittelpunkt. Simon, der heimatlose „Hab“ ich nie vermisst“, kennt die Länder, aus denen viele kommen. Kamerun, Togo, Nicaragua, Zaire, Guineas-Bissau. Dort hat er Druckereien aufgebaut, Verlage gegründet, Literatur und Bildung verbreitet.

Was trägt ihm? Lässt ihm Niedergang wegschwinden wie den Selbstmord einer von ihm betreuten Afrikanerin in Abschiebehäfen? „Fester Glaube“ „irnlich“ heißt Simon, der geliebte Kettenraucher. Die meisten Menschen seien gläubig und würden das gar nicht.

Ehemal Missionar, immer Missionar. Seit zehn Jahren missioniert der

Vater von zwei längst erwachsenen Kindern für die Menschen in den elf Asyl-Unterkünften der Stadt. Dass die Stadt der Menschenrechte „ganz große Themen mit ganz großen Mindestmaßen“ versteht, aber den Flüchtlingen, die vor der Haustür nicht freundlich begrüße, kritisiert Günther Simon. Damit wird er „furchtlich“ - auch nicht aufdröhnen.

Quantensprung sei, der lebende Beweis dafür, dass Integration funktionieren kann, ohne die eigenen Wurzeln zu verleugnen, ließ es gestern in der Landesbibliothek. Deutsche und türkische Texte, Balladen und Rock, für die viele von Quantensprung gehört das unverzweigbar zusammen.

Döner, Döner, macht das Leben schöner, kommt, bezüglich - Ceylan Ayutgur und Erdal Cee stimmten mit Ralf Gebhardt aus Fürth und Volker

Otto aus Coburg gemeinsam die Lied der bekanntesten multikulturellen Leidenschaften der Stadt. Dass die Stadt der Menschenrechte „ganz große Themen mit ganz großen Mindestmaßen“ versteht, aber den Flüchtlingen, die vor der Haustür nicht freundlich begrüße, kritisiert Günther Simon. Damit wird er „furchtlich“ - auch nicht aufdröhnen.

Quantensprung tritt an

an eten Hessenbrucker Kino

Den holzgeschnitzten Gott Numba mit der Hakenkarsse hat Günther Simon aus Afrika mitgebracht. F. Links

Hauptschüler erhalten wichtigen Preis



Ein Blumenstrauß und viele lobende Worte: Die „Gruppe 18“ der Hauptschule Hummelsteiner Weg wurde mit dem interkulturellen Preis des Ausländerbeirats der Stadt Nürnberg ausgezeichnet. Die jungen Frauen und Männer aus den unterschiedlichsten Nationen hatten den Weg des Kommunisten Franz Tannberger nachgezeichnet — einem Opfer der Nationalsozialisten: Der Nürnberger war zu Zuchthaus verurteilt worden und kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs im Konzentrations-

lager gestorben. Die Hauptschüler hatten mit ihrer Lehrerin Gerda Reuß in Archiven und an originalen Scheuplatzlizenzen recherchiert und ihre Ergebnisse schließlich in einem Buch zusammengefasst. Die „Gruppe 18“ habe vorbildlich gezeigt, wie aus einer Mischung der Sprachen, Kulturen und Mentalitäten eine eigene, neue kulturelle und gesellschaftliche Identität erwachsen kann, meint der Ausländerbeirat in der Laudatio.

Foto: Wilhelm Bauer

Nürnberger Nachrichten, 30.09.2006

Verfrachtet in „meine neue Heimat“

Ausländer und Aussiedler erzählten in Gostenhof „Die Geschichte meiner Migration“

von CHRISTINE KAMMERER

Zahlreiche Besucher waren am Freitagabend ins Nachbarschaftshaus Gostenhof gekommen, um im Rahmen der interkulturellen Wochen eine Premiere zu erleben. Zum ersten Mal stellten sich Ausländer und Aussiedler dem Publikum vor und erzählten „Die Geschichte meiner Migration“.

Das sei, so Aussiedlerbeauftragter Wolfgang Lang, ganz im Sinne der Leitlinie der Stadt, da das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung auch in Zukunft das Selbstverständnis Nürnbergs prägen solle. 1955 wurden die ersten Anwerbeverträge für die so genannten Gastarbeiter geschlossen, erläuterte Friedrich Popp, Geschäftsführer des Ausländerbeirates. Später zogen Aussiedler aus Rumänien zu, in den 80er Jahren kamen verstärkt Asylbewerber und Anfang der 90er dominierte die Zuwanderung der Aussiedler aus Osteuropa, die nach Popp „zwar Deutsche im Ausland, aber noch keine Einheimischen in Deutschland“ waren. Rund 80 000 Aussiedler leben inzwischen hier und etwa 90 000 Ausländer.

Gisela Kohlhoff's Geschichte der Migration, die in Königsberg, dem heutigen Kaliningrad, geboren wurde, begann 1945 mit der Flucht vor der Großoffensive der Sowjetarmee in Ostpreußen. Sie kam mit ihrer Familie auf dem Seeweg. Die Fahrrinne, erinnert sich Kohlhoff, sei bei minus 25 Grad teilweise zugefroren gewesen, die Schiffe kamen kaum voran, viele seien auf Minen gelauft. „Es war ein Inferno“ und die schrecklichen Erinnerungen „sind auch nach 60 Jahren noch so lebendig wie gestern“.

Mit dem Zug reiste der heute 72-jährige Maschinenschlosser Pedro Serrano Molina 1961 aus Barcelona nach Köln. Dort habe jeder eine Nummer



Dorothea Walter, Horst Göbbel und Diana Liberova (v. l.). F: Weigert, ch, mik

bekommen und sie seien dann in verschiedene Städte verfrachtet worden „wie Tiere“, berichtet Serrano. In Nürnberg lebten sie in Baracken in der Stadenstraße, wo zuvor Schwarzarbeiter, dann Hunde untergebracht waren. Wegen der schlechten Verhältnisse damals habe er später auch angefangen, sich politisch für Ausländer zu engagieren.

Im Viehwagen geboren

Horst Göbbel wurde zusammen mit seiner Zwillingschwester 1944 auf der Flucht von Rumänien nach Österreich in einem Viehwagen geboren. Sie wurden jedoch wieder zurück nach Nord-Siebenbürgen gebracht. Bis 1951 wurden den Deutschen dort die Bürgerrechte ganz verweigert, erst danach gab es Lockerungen. Sie durften wieder deutsche Schulen besuchen und ihre Muttersprache lernen. Ceausescu habe die Deutschen regelrecht für harte Devisen verkauft, so der Historiker. 7000 bis 12 500 Mark betrug das Kopfgeld. Er selbst wurde lange an der Ausreise gehindert, erst 1973 konnte er nach Deutschland fahren.

Ein Jahr später machten sich auch Bülent Bayraktars Eltern mit dem damals einjährigen Sohn auf den Weg von „Zentralanatolien nach Mittelfranken“. Zuerst dachten sie noch, dass sie irgendwann wieder zurück in die alte Heimat gehen, deswegen war

arbeiten außer
mische.

Dorothea Walter, die 1951 in Tadschikistan geboren wurde, kam 1984 mit ihrem Sohn nach Deutschland. Aus eigener Erfahrung weiß die Aussiedlerin, dass Zuwanderer vor allem sehr gute persönliche Beratung brauchen. Sie selbst hat auf einigen Umwegen schließlich ihre Berufung gefunden. Walter hilft heute Kindern von Migranten bei der Integration. Sie will erreichen, dass diese Kinder möglichst gute Chancen bei der Einschulung haben.

Diana Liberova und ihre Familie kamen als jüdische Kontingent-Flüchtlinge 1998 aus Russland. Sie hätten sich damals vom Flughafen in München zum Übergangsheim in Nürnberg durchgeschlagen, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, erzählt Liberova. Schon drei Jahre später machte sie Abitur und heute ist sie stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates. Alle haben eines gemeinsam: sie haben eine neue Heimat in Nürnberg gefunden. Serrano betont, er fühle sich in Nürnberg sogar wohler als in Barcelona: „Meine Heimat ist hier!“ Auch Göbbel identifiziert sich mit dem Ort, an dem er heute lebt, er sei ein „echter zugewanderter Nürnberger“, und Bayraktar bekenn: „Ich liebe Nürnberg! Ich fühle mich in meiner Heimat richtig wohl und ich danke Nürnberg dafür, dass es mir dieses Gefühl gibt!“

Nürnberger Nachrichten, 10.10.2005

Eine halbe Generation geht jährlich verloren

Ausländerbeirat fordert mehr Unterstützung für Migrantenkinder — „Sozialer Skandal“

von Andreas Franke

Der Ausländerbeirat fordert von der Stadt und dem Freistaat Bayern mehr Engagement bei der Verbesserung der Chancen für junge Migranten in Bildung und Ausbildung. „Jedes Jahr geht eine halbe Generation junger Migranten verloren. Das ist ein sozialer Skandal“, sagt Geschäftsführer Friedrich Popp.

Keine Gesellschaft könnte es sich leisten, so viele junge Menschen ins soziale Abseits zu steuern. Der Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Hauptschulen, bei Schulabbrechern und auch bei denjenigen, die keine Lehrstelle hätten, sei unverhältnismäßig hoch. „Im Prinzip hat sich daran in den vergangenen zwölf Jahren in Nürnberg nichts geändert“, beklagt er.

Radovan Petrovic, Sprecher des Ausländerbeirates, verweist auf eine Fülle von Anträgen und Vorschlägen des Gremiums allein in diesem Jahr, um die Misere auf dem Bildungssektor zu verbessern. Die Frühförderung der Kinder vor ihrem Eintritt in die Schule müsse weiter ausgebaut wer-

den. „Wir fordern auch ein verpflichtendes und kostloses letztes Kindergartenjahr“, betont er.

Stadt und Staat müssten auch die ausländischen Kinder beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule noch mehr unterstützen. Das Sprachlernprogramm „Deutsch 180“ sei zu wenig.

„Viele ausländische Eltern können ihren Kindern in der Schule nicht so gut helfen, weil sie nicht die Bildung haben und ihnen oft auch das Geld fehlt“, sagt Beirats-Sprecher Hüseyin Karaaslan. Positiv bewerten die Vertreter die Sprachlerngruppen in den 1. und 2. Klassen. Doch die Förderangebote an den Grundschulen müssten weiter ausgebaut werden.

Mehr Ganztagschulen

Eine zentrale Forderung des Ausländerbeirates richtet sich auf die flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen. „So können Migrantenkinder am Nachmittag besser gefördert werden“, sagt Mario Di Santo, Vorsitzender der gewählten Ausländervertre-

tung in Nürnberg. Zu wenig Kinder aus Migrantenfamilien schafften „in der 4. Klasse den Absprung an Realschulen und Gymnasien. Daher verweisen die Mitglieder auf die Empfehlungen der Pisa-Studie, eine Aufteilung auf weiterführende Schulen erst in höheren Klassen vorzunehmen. Kein anderes Schulsystem versage so sehr wie das deutsche und insbesondere das bayerische bei der Förderung von Arbeiter- und Migrantenkindern, zitieren sie aus dem internationalen Schulvergleich.“

Schließlich: Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung müsse noch stärker unterstützt werden. „Auch in diesem Jahr ist der Anteil ausländischer Jugendlicher an den unversorgten Schulabgängern besonders hoch“, bedauert Popp. Da das Dual System alleine nicht mehr in der Lage sei, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, müssten zusätzliche Berufsschulen eingerichtet werden, so Petrovic. Doch leider, bedauerte er, lehmen die Kommunen mehr Klassen ab.

Nürnberger Nachrichten, 10.11.2006

aktuell

Nachgefragt

In unserer September-Ausgabe berichteten wir am Rande der Verleihung des Menschenrechtspreises von der drohenden Abschiebung von 70, überwiegend äthiopischen, NürnbergerInnen in Folge des neuerlichen Zuwanderungsgesetzes. Einem Großteil von Ihnen wurde bereits Arbeitserlaubnis entzogen. Eine Nachfrage:



Ein Treff — nicht nur für Spanier

Das Centro Español erhält den Interculturellen Preis — Sorge um das Domizil

Der 15. Interculturelle Preis des Ausländerbeirates geht an das Spanische Zentrum (Centro Español). „Es ist Zeit geworden, dass ihr endlich diesen Preis bekommt“, sagt Oberbürgermeister Ulrich Maly bei der Verleihung.

Spanische Gastarbeiter riefen das Centro Español 1981 ins Leben, weil sie in der fremden Umgebung nicht nur bessere Lebensverhältnisse suchten, sondern auch ein Stückchen Heimat. Sie gründeten den Verein, um sich gegenseitig helfen und ihre Kultur gemeinsam zu leben. Dabei blieb es jedoch nicht. Das Spanische Zentrum, Nürnbergs ältester Migrantenverein, hat eine erstaunliche Entwicklung hinter sich, die ausschlaggebend für die Prämierung war. „Es ist der Verein, der es am meisten geschafft hat, kontinuierlich zu arbeiten, sich andererseits aber auch immer wieder zu erneuern“, sagte Jurymitglied Jürgen Markwirth vom Amt für Kultur und Freizeit.

Konkret heißt das: Der Verein hat sich geöffnet. „Nicht alle ausländischen Vereine sind ein Motor für die Integration. Beim Centro Español ist das anders“, meint Mario Di Santo, Vorsitzender des Ausländerbeirates. Der Verein „ursprünglich gegründet als Verein mit Schachthilfekarakter“ (Maly) ist heute international. Oder wie es Julian Alcaide Attacché an der spanischen Botschaft für Bevölkerungsberichterstatter erläuterte: „Der Verein zeigt sich heute weitöffner.“ Die Hälfte der 250 Mitglieder kommt aus Spanien, die anderen Mitglieder sind Deutsche, Italiener oder Amerikaner. „Wir sind ganz gemischt“, meint Vorstandmitglied Annabel Kuntz (31), die von Kindesbeinen im Centro Español ist und dort



Ein Grund zum Feiern: Mädchen tanzen Flamenco bei der Preisverleihung im Centro Español.

Foto: Stefan Hippel

genauso lange Flamenco tanzt. Ihre Mutter, eine Spanierin, hat Annabel Kuntz zum Verein gebracht. Der Vater ist Deutscher.

Der Preis wurde dem Centro Español von einer fünfköpfigen Jury zuerkannt. Er ist auf 2000 Euro dotiert. Eine Sorge kreist das Spanische Zentrum allerdings um: Die Mitglieder fürchten, ihr Domizil in der Fürther Straße zu verlieren. Ihr Haus steht auf

dem Gelände, das das österreichische Möbelunternehmen Lutz gekauft hat. Auf dem Areal soll ein weiteres Discount-Möbelhaus entstehen (wir berichteten). Maly sicherte dem Verein aber Unterstützung zu: „Wir versprechen, dass wir euch helfen, dass dieses spanische Rathaus in Nürnberg bleibt.“

© www.centro-espainol.com

Nürnberger Nachrichten, 29.09.2007

Stadtverwaltung soll sich weiter öffnen

Ausländerbeirat für mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund

Der Ausländerbeirat fordert von der Stadt einschneidende Schritte, um den Anteil der Beschäftigten in der Verwaltung zu erhöhen, die aus dem Ausland stammen. Wenigstens „ansatzweise“ soll die Personalstruktur ein Spiegelbild der Bevölkerung darstellen, von der etwa ein Fünftel keinen deutschen Pass hat.

Einstimmig hat der Ausländerbeirat gestern einen entsprechenden Antrag zur „interkulturellen Öffnung der Verwaltung“ beschlossen. Für die Arbeitsfelder, in denen entsprechende Kompetenzen benötigt werden, soll demnach auch die seit Jahren geltende Einstellungssperre aufgehoben werden.

Seit eineinhalb Jahren werde viel von einer Öffnung der Verwaltung in dieser Richtung geredet, geschehen sei aber fast nichts, sagte Radovan Petrovic in der Sitzung. Auf geeigneten Stellen sollten bei entsprechender Eignung Bewerber mit Migrationshintergrund und deren Sprachkenntnisse als Zusatzqualifikation stärker berücksichtigt werden. Auf lange Sicht soll deren Anteil unter den städtischen Mitarbeitern in etwa dem Prozentsatz entsprechen, den Migranten in der Gesamtbevölkerung ausmachen. Dem Ziel der Integration dieser Menschen sei das sehr dienlich.

Diana Liberova und Jean Pierre Tshibanda Muteba vom geschäftsführenden Ausschuss des Beirats unterstützten das Anliegen nachdrücklich. „Die bisherige Untätigkeit könnte man auch so interpretieren, dass die Stadt eigentlich gar nichts ändern möchte“, betonte Muteba. Es müsse ein politisches Zeichen für einen Kurswechsel gesetzt werden.

Erneut hat der Ausländerbeirat auf einen Dringlichkeitsantrag von Cahit Turan hin das Einwohneramt aufgefordert, diejenigen türkischstämmigen Familien anzuschreiben, die 2005 ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben. Damals war dies Folge der Tatsache, dass viele Betroffene zusätzlich ihre türkische Staatsangehörigkeit wieder angenommen haben. Diese doppelte Staatsbürgerschaft galt als verboten. Auch die Kinder der Familien verloren ihren deutschen Pass. Inzwischen gibt es aber ein höchstrichterliches Urteil – *wir berichteten* –, das diese Automatik nicht gelten lässt. Die Kinder hätten demnach also ihre deutsche Staatsbürgerschaft behalten müssen.

Die Stadt, so Turan, habe sich in der Vergangenheit schon großzügig verhalten, wenn betroffene Eltern von sich aus beim Einwohneramt vorsprachen. Es sei aber davon auszugehen, dass sich noch nicht alle gemeldet haben. Diesen Kreis solle die Behörde nun von sich aus anschreiben, und sie über die Rechtslage informieren.

Schon Anfang vergangenen Jahres hatte der Ausländerbeirat von der Stadt gefordert, die deutsche Staatsangehörigkeit an alle Betroffenen zurückzugeben, wenn dies die Rechtslage erfordert.

MICHAEL KASPEROWITSCH

Nürnberger Nachrichten, 12.12.2007

i fragen an ...

Jean-Pierre Muteba, stellvertretender Vorsitzender des Ausländerbeirats und Claudia Geßl von der Carawane für die Rechte an Flüchtlingen und Migrantinnen.



Fotos: Matthias Röschner

Plärrer: 70 Äthiopierinnen wurde die Arbeitserlaubnis in Nürnberg entzogen, weil Ihnen von den Behörden der Vorwurf gemacht wird, sie würden bei der Beschaffung ihrer Papiere nicht mitwirken. Fahren diese zwischenzeitlich bei der Äthiopischen Botschaft?

Iuteba: Etliche Äthiopierinnen sind zur Botschaft gefahren, erreichten aber nichts. Sie konnten die Forderung der Botschaft, drei Zeugen mit äthiopischem Pass belzubringen, die ezeugen, dass sie die behauptete Person seien, nicht erfüllen. Dies hat auch das Auswärtige Amt bestätigt, as in seinem Lagebericht 2004 feststellt, dass »die äthiopischen Behörden nicht bereit (sind), bei der Feststellung der Staatsangehörigkeit von Personen mitzuwirken ...«.

Geßl: Solches Verhalten soll unserer Einschätzung nach dazu führen, dass die Flüchtlinge aus Deutschland austreten sollen, egal wohin. Diesem Ruck hat ein Flüchtling aus Offenbach im April 2005 nicht stand gehalten und sich umgebracht. Dass es in Nürnberg noch nicht so weit gekommen ist, liegt an dem dichten Netz der eziehungen der äthiopischen Gemeinde.

Plärrer: Rechtsdirektor Hartmut Rommer meint, dass die Flüchtlinge wieder arbeiten könnten, wenn sie ordnungsgemäß einen Pass beantragen und einen Vertrauensvertreter beauftragt hätten, ihre Geurtsurkunde zu beschaffen ...

Iuteba: Dem Ausländerbeirat ist dieses neue Angebot nicht bekannt.

Geßl: Wir wissen auch nichts. Abgesehen davon hat ein Flüchtling über einen deutschen Anwalt einen Anwalt in Äthiopien in dieser Sache beauftragt. Auch er hat keine Arbeitserlaubnis erhalten.

Plärrer: Verfahren Nürnbergs Behörden in Sachen Arbeitserlaubnis besonders restriktiv?

Iuteba: Wir glauben schon, weil die Nürnberger Behörden – im Gegensatz zu Berlin, Dresden usw. – die Bestimmungen des neuen Aufenthaltsgesetzes auf die Beschaffungsverfahrensverordnungen anwenden. In letzterem wird an die Arbeitserlaubnis keine Mitwirkungspflicht der Flüchtlinge

zur Passbeschaffung gebunden. Im neuen Aufenthaltsrecht hingegen steht diese aber ausdrücklich drin. Würde die Stadt nach der Beschaffungsverfahrensordnung vorgehen, gäbe es Beurteilungsspielräume, den Flüchtlingen die Aufnahme einer Arbeit zu genehmigen.

Geßl: Wenn es außerhalb Bayerns zu einer Klage kommt, sind Flüchtlinge in Bayern durchaus erfolgreich. Wir hoffen darauf, dass die Gerichte endlich festlegen, was unter der Mitwirkungspflicht zu verstehen ist und dass nicht im Nachhinein von Fall zu Fall festgelegt wird, was darunter zu verstehen ist. Hinzu kommt, dass es nicht der politische Wille des rot-grünen Gesetzgebers war, den Flüchtlingen die Arbeit wegzunehmen, meint der Innenpolitische Sprecher der SPD, Dieter Wiefelspütz, in einem Brief an die Äthiopier.

Plärrer: OB Maly hat sich offensiv – zuletzt mit den OB von Fürth, Schwabach und Erlangen – für die Flüchtlinge eingesetzt. Haben Sie ihn gefragt, warum er seine Behörde nicht anweist, in dem von Ihnen geforderten Sinn zu verfahren?

Muteba: OB Maly bemüht sich intensiv, eine humane Lösung zu finden, hat uns aber gesagt, dass er das Ausländeramt nicht anweisen will. Das sei nicht sein Führungsstil.

Plärrer: Wie geht es weiter? **Geßl:** Die äthiopischen Flüchtlinge werden dauernd kontrolliert und, wenn sie keine gültigen Papiere vorweisen können, wegen illegalen Aufenthalts angeklagt. Diese Kriminalisierung bedeutet einen zusätzlichen Stress für die Flüchtlinge. Deshalb muss zunächst diese Praktik beendet werden.

Muteba: Man kann diese Flüchtlinge nicht abschieben. Die Frage ist nur, wie weit will das Ausländeramt in Nürnberg gehen, und was will man damit erreichen?

Interview: Rainer Büschel
Spenden: Förderverein für die sozialen und politischen Rechte von Flüchtlingen und Migrantinnen, Acredobank, BLZ 760 60561, Kto.Nr. 35 01817, Stichwort »Arbeitsverbote«.

Plärrer, 09.2005

Die Mitglieder des Ausländerbeirates 2007

Der geschäftsführende Ausschuss



Mario Di Santo
Vorsitzender
Italien



Diana Liberova
1. stellvertretende Vorsitzende
Russische Föderation



Jean-Pierre Muteba
2. stellvertretender Vorsitzender
D. R. Kongo



Cahit Turan
Türkei



Doğan Ünal
Türkei



Metin Yilmaz
Türkei



Marija Bakula
Kroatien



Josif Bellmann
Georgien



Džemal Duraković
Serbien und Montenegro



Emina Hedžić-Rizvić
Bosnien-Herzegowina



Elefterios Mytaris
Griechenland



Michele Scala
Italien



Socorro van Loock
Brasilien



Hassan Abdulla
(bis Juli 2007) Irak



Ibrahim Akbulut
Türkei



Andja Skojo
3. stellvertretende Vorsitzende
Kroatien



Hassan M. Khalaf
Ägypten



Gustavo Rodriguez Arias
Spanien



**Antonio Fernández
Rivera**
Spanien



Dorota Fichtner
Polen



Triantafyllos Gekas
Griechenland



Radovan Petrović
Serbien und Montenegro



İlhan Postaloğlu
Türkei



Dimitrios Theodorou
Griechenland



Ionna Trapesanlidis
Griechenland



Kudret Yılmaz
Türkei



Ergin Keskin
Türkei



Julieta Schmidt
Philippinen



Maria ter Veen
Polen

**Nanna
Okruashvili-Viehbeck**
Georgien



Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg 2002–2007

Bürgermeisteramt Abteilung 3

Friedrich Popp, Geschäftsführer seit 1987

José Llorens, Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit seit 1989

Ulla Holthaus, Verwaltungsangestellte seit 2000

Claudia Geßl, ABM 2005

Natalya Izmaylova, ABM seit 2007

Impressum

Herausgeber:

Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg

Peter-Vischer-Str. 17

90403 Nürnberg

Tel. 09 11 / 2 31 - 31 85

Fax 09 11 / 2 31 - 85 16

E-Mail

auslaenderbeirat@stadt.nuernberg.de

Internet

www.auslaenderbeirat.nuernberg.de

Redaktion:

José Llorens

Fotos der Dokumentation:

Sämtliche Fotos von José Llorens und
Friedrich Popp

Ausnahmen:

S. 6 Archiv (oben)

S. 6 Spiros Garos

S. 15 J. Menzel/Transfersfilm (rechts)

S. 16 Dorotea Serradell (links)

S. 22 Dorotea Serradell

S. 26 Karawane

S. 27 Karawane

Satz:

anoris. eK

Agentur für Kommunikation
Nürnberg

www.anoris.de

Druck:

Druckerei Osterchrist
Nürnberg



AUSLÄNDERBEIRAT

DER STADT NÜRNBERG